

Wahlkampf

DIE LINKE ist im Wahlkampfmodus, denn am 26. Mai stehen neben der Europawahl neun Kommunalwahlen und die Bürgerschaftswahl in Bremen an. 6

Auszeit

Katja Kipping plädiert für ein Recht auf Innehalten und fordert gesetzliche Regelungen, um allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Sabbaticals zu ermöglichen. 12

Blutmai

Brutale Menschenjagd in Berlin: Am 1. Mai 1929 wurden Arbeiterinnen und Arbeiter von SPD-Politikern zum Abschuss durch bewaffnete Polizisten freigegeben. 28



Die Vorsitzende der Berliner LINKEN, Katina Schubert, unterschreibt am Rande einer Mieten-Demo für das Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«.

INHALT



Während sich auf den Stufen der »Volksbühne« vor dem Karl-Liebknecht-Haus die Menschen sonnen, herrscht in der Bundesgeschäftsstelle hektische Betriebsamkeit. Hier steht alles im Zeichen des Wahlkampfs. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versenden Wahlkampfmaterialien, beantworten zahlreiche An-

fragen von Bürgerinnen und Bürgern und organisieren Veranstaltungen, wie den Parteikonvent am 11. Mai in Berlin, auf dem ein europäisches Manifest beschlossen werden soll. Der Wahlkampf spiegelt sich auch in diesem Magazin wider. So stellt der DISPUT die Wahlkampagne der LINKEN vor, interviewt einen der Organisatoren von »Linksaktiv« und veröffentlicht eine Terminübersicht zur Wahlkampftour der LINKEN. Zudem berichtet die Leiterin des Bereichs Politische Bildung auf Seite 22, wie die Schulungen für die Europa- und Kommunalwahlen liefen. Unsere Mietenkampagne ist erfolgreich und macht derzeit nicht nur in Berlin mächtig Schlagzeilen. Auf den Seiten 16 und 17 stellt der DISPUT unser Fünf-Punkte-Programm für bezahlbare Mieten vor. Unsere Parteivorsitzende Katja Kipping erläutert ihren Vorstoß für ein »Recht auf In-

nehalten« (Seite 12 und 13) und der Ältestenrat der LINKEN hat ein Papier zur Zukunft Ostdeutschlands geschrieben, das der DISPUT in Auszügen auf den Seiten 20 und 21 veröffentlicht. Hochinteressant ist auch der Beitrag von Dr. Ronald Friedmann zum »Blutmai« im Jahre 1929 auf der Geschichtsseite.

Thomas Lohmeier ist Leiter des Bereichs Bürgerdialog, Medien und Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN in Berlin

DISPUT 05/2019

VOR-GELESEN VON
THOMAS LOHMEIER

WAHLKAMPAGNE

Das sind unsere Plakatmotive 4

WAHLKAMPF

DIE LINKE kämpft mit aller Kraft für gute Ergebnisse 6

INTERVIEW

So funktioniert das Projekt »Linksaktiv« 8

AUF TOUR

Hier macht DIE LINKE Station 9

AUSZEIT

Katja Kipping plädiert für ein Recht auf Sabbatical 12

PARAGRAF 219a

Warum die Gesetzesänderung keine Verbesserung bringt 14

DEBATTE

Antirassistische Solidarität nicht an Bedingungen knüpfen 18



JEDEN MONAT
AUS DEM HAUS 5
PRESSEDIENST 24
DAS KLEINE BLABLA 25
FEUILLETON 27
NEU IM KINO 29
KULTUR 30
MAIKOLUMNE 31

ZUKUNFT OST

Der Ältestenrat der LINKEN liefert mit seinem Papier Denkanstöße 20

POLITISCHE BILDUNG

Seminare für die Europa- und Kommunalwahlen 22

SPD

Eine kleine Geschichte der Sozialdemokratie 23

DEMONSTRATION

Am 19. Mai gehen europaweit Menschen gegen Nationalismus auf die Straße 26

GESCHICHTE

Die Berliner Polizei auf Menschenjagd im »Blutmai« 28

Foto: Martin Heinlein

IMPRESSUM DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin **REDAKTION** Fabian Lambeck, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009346, disput@die-linke.de
GRAFIK UND LAYOUT Herbell, Berlin **DRUCK** EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00 **ISSN** 0948-2407
REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 5: 18.4.2019. DISPUT 6/2019 erscheint am 3.6.2019.

Moritz, was ist für Dich links?



Foto: privat

Links sein bedeutet für mich, in gleichem Maße für individuelle Freiheitsrechte und soziale Rechte zu kämpfen. **Wenn Du Parteivorsitzender wärst...** würde ich innerparteiliche Debatten fördern. Wir brauchen eine neue Programmdebatte, weil wir über die Jahre viele neue Genoss*innen hinzugewonnen haben und weil die gesellschaftliche und technische Entwicklung dermaßen rasant vorangeht. **Was regt Dich auf?** Mich ärgert, dass der Parteivorstand die Initiative für einen Mitgliederentscheid zum BGE nicht unterstützt. Ich finde, jede*r kann zum Thema Grundeinkommen anderer Meinung sein, aber einen Mitgliederentscheid im vornherein verhindern zu wollen, das tut weh. **Wovon träumst Du?** Kurzfristig träume ich von einer friedensorientierten und fairen Außenpolitik sowie von der Abschaffung von Hartz IV zu Gunsten einer sanktionsfreien Mindestsicherung sowie der Stärkung von Bürger*innenrechten. Mittelfristig träume ich von einer grundeinkommensbasierten Gesellschaft, in der jede*r das Recht hat, Nein zu sagen, ohne Stigmatisierung oder Sanktionen zu fürchten. Ich träume von einer europäischen Republik, in deren Rahmen es besser möglich ist, grundlegende Probleme unserer Zeit, wie z.B. den Klimawandel und dessen Folgen, menschlich zu lösen. Langfristig träume ich von einer Gesellschaft, in der wir im Betrieb demokratisch voll mitbestimmen können. Ich träume von einer Gesellschaft ohne Grenzen, in der soziale und Freiheitsrechte global für alle Menschen gelten. **Wovor hast Du Angst?** Rechtsruck, Abbau von Grundrechten. **Wie lautet Dein Lebensmotto?** »Probier's mal mit Gemütlichkeit.« (Balu der Bär) **Berlin ist ...** im Sommer die schönste Stadt der Welt, im Winter auch nicht schlecht.

Moritz Fröhlich ist Mitglied des Berliner Bezirksverbands DIE LINKE, Charlottenburg-Wilmersdorf und der BAG Grundeinkommen

DISPUT fragt jeden Monat ein Mitglied unserer Partei nach dem vollen Ernst im richtigen Leben.

Unsere Kampagne

DIE LINKE geht mit frischer Farbe in den Wahlkampf und appelliert an die Spendenbereitschaft der Genossinnen und Genossen



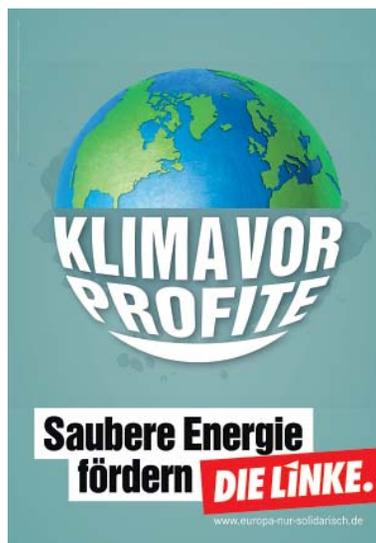
Sicher hast Du die Wahlplakate der LINKEN am Straßenrand bereits entdeckt. Der Wahlkampf ist angelaufen und damit auch unsere Kampagne »Europa - nur solidarisch«. Der DISPUT hat hier noch einmal alle Plakatmotive unserer Kampagne zusammengestellt. DIE LINKE nimmt als einzige der großen Parteien im Bundestag keine Großspenden von Konzernen, Banken, Lobbyisten und Milliardären. Das macht uns unabhängig und unbestechlich. Wir

sind nicht käuflich. Für Spenden von Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten sind wir aber dankbar. Durch diese Spenden ist es möglich, Projekte und Kampagnen zu finanzieren, die wir uns sonst nicht oder nicht in diesem Maße leisten könnten. Für die Wahlkämpfe für ein soziales Land und ein soziales Europa brauchen wir jede Unterstützung. Schon 5 Euro helfen sehr! Unser Spendenziel liegt bei 300.000 Euro. ◀

Spendenkonto

DIE LINKE. Parteivorstand
 IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00
 BIC: BEVODE33; Berliner Volksbank eG
 Kennwort: Spende

Bitte gib bei allen Spenden jeweils Deinen Namen, Vornamen und die Anschrift an. Deine Daten behandeln wir vertraulich. Auf Wunsch stellen wir gern Spendenbescheinigungen aus.



Europa – das ist nicht nur eine Vision grüner Träumer und auch nicht nur ein Instrument neoliberaler Wirtschaftsinteressen. Europa ist ein Kampfplatz widerstreitender Interessen. Rechte und Linke, Konzerne, Gewerkschaften, soziale Bewegungen: Sie alle kämpfen um Einfluss auf europäischer Ebene, sie alle profitieren oder leiden an den Beschlüssen, die hier gefasst werden. Und das sind immer mehr. Kämpfe europaweit zu führen, ist eine Herausforderung, der wir uns als LINKE stellen müssen.

Die Kämpfe haben natürlich längst begonnen. Europäische Bürgerinitiativen wie »Housing for all« für bezahlbares Wohnen und »Fair Transport Europe« für bessere Arbeitsbedingungen bei Transportdiensten richten sich direkt an die EU, der europäische Gewerkschaftsbund und die Europäische Linke koordinieren europaweit die Aktivitäten nationaler Organisationen, #Fridays4Future und #SaveYourInternet haben das nationale Stadium direkt übersprungen. Das alles sind nur Beispiele. Aber sie zeigen: Mehr und mehr Kämpfe finden auf europäischer Ebene statt und mehr und mehr Kämpfe können nur noch dort gewonnen werden.

Deshalb ist ein gutes Abschneiden der LINKEN bei der Europawahl so wichtig. Nicht, weil die wesentlichen Auseinandersetzungen im Europaparlament stattfinden würden. Mehrheiten für linke Forderungen kommen auch auf europäischer Ebene vor allem durch Druck von der Straße zustande. Trotzdem ist ein gutes Abschneiden der LINKEN bei der Europawahl mehr als Symbolik. Linke Mehrheiten ohne Druck von der Straße mögen schwer zu erreichen sein, erfolgreiche europaweite Bewegungen ohne starke linke Partner im europäischen Parlament sind aber nicht einfacher. Beides muss zusammen kommen.



JÖRG SCHINDLER

Kämpfe europaweit führen

Wir als LINKE sind dabei Teil einer europaweiten linken Parteienfamilie. In vielen EU-Ländern gibt es linke Schwesterparteien, die mit uns gemeinsam der parlamentarische Arm einer linken Gegenwehr im EU Parlament und in den Landesparlamenten sind. Und die Stärke dieser Gruppierungen insgesamt bestimmt auch mit, was wir politisch auf EU-Ebene durchsetzen oder verhindern können. Die EU-Wahlergebnisse in jedem europäischen Land tragen zur Stärke der Linken in der ganzen EU bei. Die internationale Arbeiterbewegung wusste, dass letztendlich die Vernetzung der Organisationen, die Internationale, einen nicht unerheblichen Teil ihrer Stärke ausmacht. Das gilt auch heute. DIE LINKE versteht sich als Teil der sozialen Bewegungen in Europa. Sie ist Partei in Bewegung und parlamentarische Partnerin. In diesem Geiste lädt sie auch jetzt für den 11. Mai zum Europakonvent. Mit Aktivist*innen aus ganz Europa sollen Perspektiven ausgetauscht, neue Verbindungen geknüpft und konkrete Schritte beraten wer-

den. Zu diesem Konvent laden wir Aktivist*innen aus den Bereichen gerechte Steuerpolitik, Klimaschutz, sichere Häfen für Menschen in Not, Grundrecht auf Wohnen, Gesundheit ist keine Ware, gute Arbeit, Unteilbarkeit von Menschenrechten, Frauenstreik, Digitalisierung und Demokratie ein. Der Konvent wird damit zum Treffpunkt jenes Europas, das für einen radikalen Kurswechsel der EU steht. Mit einem »Manifest für ein solidarisches Europa« werden DIE LINKE und Akteur*innen aus ganz Europa ihren Willen bekräftigen, sich über die Grenzen der Nationalstaaten hinaus gemeinsam für soziale Mindeststandards, Klimagerechtigkeit, Solidarität und Weltoffenheit zu engagieren. Wir machen deutlich: Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen rechte Hetze, gegen soziale Kälte und eine EU, welche die Interessen der Menschen und der Umwelt den Marktinteressen unterordnet. Dafür brauchen wir viel Kraft und Ausdauer. Im Wahlkampf, in den Kampagnen, an allen Stellen, an denen wir aktiv sind. Viele Engagierte an vielen Orten in vielen Ländern tragen zum gemeinsamen Erfolg der gesellschaftlichen Linken bei. Gemeinsam werden wir nicht locker lassen. Gemeinsam können wir etwas bewegen.

Jörg Schindler ist Bundesgeschäftsführer der LINKEN

Fotos: Mark Mühlhaus/attenzione, DIE LINKE



Auf vollen Touren

DIE LINKE ist im Wahlkampfmodus, denn am 26. Mai geht es nicht nur um ein gutes Ergebnis bei den Europawahlen **VON FABIAN LAMBECK**

Das Wetter meinte es gut mit allen Beteiligten, als DIE LINKE am 3. April ihre Wahlkampagne unter freiem Himmel erstmals der Öffentlichkeit präsentierte. Bei strahlendem Sonnenschein konnte Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler die zahlreichen Pressvertreterinnen und -vertreter auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz begrüßen. Zusammen mit den beiden Spitzenkandidierenden, Özlem Alev Demirel und Martin Schirdewan, stellte Schindler zentrale Themen und Wahlkampfthemen vor. »Die Menschen haben Erwartungen an Europa. Das sind ganz konkrete Erwartungen, keine abstrakten«, so Schindler. Und tatsächlich geht DIE LINKE mit klaren Forderungen in den Wahlkampf: »Mindestlöhne rauf, bezahlbare Wohnungen schaffen oder Konzerne zur Kasse«. Denn es sollten auch die, »die derzeit am meisten von Europa profitieren«, nämlich die Konzerne, angemessen zur Kasse gebeten werden, betonte Schindler und ergänzte: »Wir werden das in den Mittelpunkt stellen, was die Menschen an Europa bewegt und was sie an Erwartungen haben. Wir wollen zeigen, dass wir diese Erwartungen umfassend erfüllen wollen«. DIE LINKE sei angetreten mit einer positiven Botschaft, so Schindler und unterstrich, wie wichtig das Engagement der vielen Genossinnen und Genossen im Wahlkampf sein werde. Es seien die Mitglieder, »die selbst die Wahlplakate anbringen wollen und an den Haustüren Wahlkampf machen wollen. Das ist das, was die Wahlkampagne der LINKEN ganz von den Wahlkampagnen der anderen Parteien unterscheiden wird«, erklärte Schindler, der als auch als Wahlkampfleiter fungiert.

Dass sich die Kampagne auch von der vorherigen Kampagnen der LINKEN unterscheidet, zeigte sich bei der Präsentation der Plakattmotive. Die neue Farb- und Formensprache ist nicht zu übersehen. Die Hintergrundfarbe der Plakate ist nun mintgrün. Die Plakattmotive bilden mit

den Slogans eine Einheit, gehen ineinander über. Verantwortlich dafür ist die Agentur Berliner Botschaft, mit der DIE LINKE erstmals zusammenarbeitet. »Die Europawahl-Kampagne bricht radikal mit der gewohnten Ästhetik, indem es die Farbe Rot dem LINKE-Logo vorbehält und mit Mint eine frische neue Grundfarbe einführt«, heißt es dazu von der Agentur. DIE LINKE präsentiert sich so im Wahlkampf als moderne, europäische Bewegungspartei, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft weckt und konkrete Lösungen aufzeigt. Spitzenkandidatin Özlem Alev Demirel wurde während der Präsentation konkret: »Wir als LINKE streiten für gute Löhne, die tatsächlich vor Armut schützen. In Europa wollen wir 60 Prozent des Medianeinkommens als Mindestlohngrenze haben. Wir wollen, dass niemand unterhalb der Armutsgrenze leben muss«. Martin Schirdewan, der auf Listenplatz 1 kandidiert, machte noch einmal deutlich: »Wir wollen Europa nicht den Marktradikalen und den Rechtsradikalen überlassen«.

Inzwischen hängen die Plakate in vielen Städten bereits und der Wahlkampf kommt in seine heiße Phase. Auch im Berliner Karl-Liebknecht-Haus steht alles im Zeichen des kommenden Urnengangs. Im sogenannten Wahlquartier werden die Kräfte im Haus gebündelt. So gibt es Verant-

wortliche für die Termin-Koordinierung, Plakatflächen oder Sendezeiten in TV und Hörfunk. Andere Genossinnen und Genossen kümmern sich um den Haustürwahlkampf und die Mitgliedergewinnung im Wahlkampf. Auch bei den Genossinnen und Genossen von »Linksaktiv«, die mit ihrer Wahlkampfzentrale im Erdgeschoss der Bundesgeschäftsstelle sitzen und Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten für den Wahlkampf aktivieren (siehe Interview), ist viel los.

In Bremen auch Bürgerschaftswahl

Währenddessen ziehen hunderte Genossinnen und Genossen durch die Städte und Dörfer der Republik, um Wahlplakate anzubringen und Haustürgespräche zu führen. Allein in Berlin-Mitte wurden fast 3000 Plakate verteilt. In Berlin-Lichtenberg zählt man fast 5000 Plakate, von denen viele bereits hängen, wie Hartmut Zick vom Bezirksverband erklärt. Hinzu kommen hier noch die Plakate »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«, die für die Unterschriftensammlung Werbung machen, mit der man einen Volksentscheid erzwingen will. Das Ziel: Private Wohnungsge-

Dein Plakat für ein soziales Europa

Spende ein Großflächenplakat zur Europawahl
Mehr Informationen unter:
<https://plakatspende.die-linke.de/>



Martin Schirdewan,
Spitzenkandidat
der LINKEN zur
Europawahl, bei der
Präsentation der
Wahlplakate auf dem
Berliner Rosa-
Luxemburg-Platz.
Foto: Martin Heinlein



sellschaften, die mehr als 3.000 Wohnungen besitzen, sollen nach Artikel 15 Grundgesetz enteignet und ihre Bestände in Gemeineigentum überführt werden.

In Bremen sind die Genossinnen und Genossen gleich doppelt gefordert, denn hier steht am 26. Mai – parallel zur Europawahl – auch die Bürgerschaftswahl an. Derzeit steht man in den Umfragen bei 11 Prozent. »Damit liegen wir deutlich über unserem Ergebnis von 2015, trotzdem werden wir alles geben, um noch besser abzuschneiden«, betont die Spitzenkandidatin der Bremer LINKEN, Kristina Vogt. DIE LINKE in Bremen und Bremerhaven geht mit einer kämpferischen Agenda ins Rennen um die Wählergunst: Bezahlbarer, kommu-

naler Wohnungsbau, Abschaffung der Leiharbeit bei kommunalen Unternehmen, Anhebung des Landesmindestlohns auf 12,63 Euro, besserer und günstiger Nahverkehr und bessere Bildung.

Insgesamt neun Kommunalwahlen

Doch nicht nur in Bremen stehen am 26. Mai gleich zwei Wahlen an. In insgesamt neun Bundesländern finden an diesem Tag Kommunalwahlen statt. DIE LINKE will mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten in möglichst viele Stadträte und Kreistage einziehen. Dafür haben die Landesverbände eigene Kampagnen entwi-

kelt, die lokale Probleme aufgreifen. DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern etwa will Funklöcher schließen und Kinderarmut bekämpfen, in Baden-Württemberg kämpft die Partei für gebührenfreie Kitas und freie Fahrt für Schülerinnen und Schüler sowie Azubis. Um hier Kräfte und Ressourcen zu bündeln, produzierte die Bundesgeschäftsstelle mit den Landesverbänden eigene Regionalbeilagen, die der Europawahlzeitung der LINKEN beiliegen. Mehr als sieben Millionen Exemplare wurden in den vergangenen Tagen gedruckt und werden nun im ganzen Land verteilt. Die Schlagzeile auf Seite 1 bringt den ganzen Wahlkampf auf den Punkt: »Wir wollen Europa. Sozial machen.« ◀

Wir stellen Kontakt her

Interview mit **TIM HERUDEK** aus dem Bereich Kampagnen/Parteientwicklung, der sich derzeit vorrangig um das Projekt »Linksaktiv« kümmert

Tim, Du arbeitest hier in der Bundesgeschäftsstelle bei »Linksaktiv« und wirkst sehr beschäftigt. Warum seid ihr gerade im Wahlkampf so gefragt?

Wir sind das Team »Linksaktiv« und machen passiven Mitgliedern der LINKEN sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten das Angebot, im Wahlkampf ganz niedrigschwellig mitzumachen. So etwa dadurch, dass wir anbieten, ihnen Wahlzeitungen kostenlos nach Hause zuzusenden, die dann verteilt werden können. Wenn die Betroffenen zudem angeben, dass sie Wahlkampf vor Ort, also im Kreisverband, mitmachen wollen, dann stellen wir Kontakt her zwischen der Person, die interessiert ist, und der Kreiswahlkampfleitung.

Und wie kommt ihr an die Ad-



ressen und Kontaktdaten der Menschen?

Herzstück von »Linksaktiv« ist eine Datenbank, die wir in den letzten Jahren mit Informationen von Menschen füttern, die sich an Petitionen oder Unterschriftensammlungen beteiligt haben und die wir gefragt haben, ob sie mitmachen wollen – sei es im Wahlkampf oder bei Aktivitäten auf der Straße.

Wie viele Namen und Adressen habt ihr in der Datenbank?

Wir haben 25.000er Marke geknackt und werden im Laufe des Wahlkampfes noch mehr dazugewinnen.

Wie läuft so eine Kontaktaufnahme?

Wir melden uns bei den Leuten. Dafür haben wir hier ein Mailprogramm. So bekommen die Leute eine aktivierende Begrüßungsmail. Dann schicken wir ihnen regelmäßig Termine, wenn es etwa um außerparlamentarische Proteste geht. In der Wahlkampfzeit geht es natürlich vorrangig um Wahlkampftermine. Schließlich wollen wir ja, dass sie uns dabei unterstützen. Wir wollen die Leute aktivieren.

Können sich Interessierte auch bei euch melden?

Klar. Wir haben eine Webseite namens »linksaktiv.de«, die wir über Social Media-Kanäle und andere Webseiten bekannt machen. Das ist so eine Art Registrierungswebseite, auf der Leute einfach ihre E-Mail und ihre Postleitzahl hinterlassen können. Anschließend kontaktieren wir sie.

DIE LINKE auf Wahlkampftour

Montag, 29. April 2019

Rostock

9.30–11.30 Uhr, Markt Lütten Klein, mit Dietmar Bartsch, Martin Schirdewan, Eva-Maria Kröger und Steffen Bockhahn, Musik von Johanna Zeul
14–16 Uhr, Neuer Markt, mit Dietmar Bartsch, Martin Schirdewan, Eva-Maria Kröger und Steffen Bockhahn, Musik von Johanna Zeul

Dienstag, 30. April 2019

Greifswald

11–12.30 Uhr, mit Martin Schirdewan und Helmut Scholz, Musik von Johanna Zeul

Neubrandenburg

16.30–18 Uhr, Marktplatz, mit Martin Schirdewan und Helmut Scholz, Musik von Johanna Zeul

Mittwoch, 1. Mai 2019

Frankfurt/Oder

mit Dietmar Bartsch, Helmut Scholz, Musik von Johanna Zeul

Donnerstag, 2. Mai 2019

Magdeburg

16.30–18 Uhr, Ratswaageplatz, mit Martin Schirdewan, Martina Michels und Dietmar Bartsch, Musik von Johanna Zeul

Freitag, 3. Mai 2019

Braunschweig

10–11.30 Uhr, Musik von Johanna Zeul

Hameln

16.30–18 Uhr, Rathausplatz 1, mit Özlem Demirel, Musik von Johanna Zeul

Samstag, 4. Mai 2019

Hamburg (Bergedorf)

11–12.30 Uhr, Johann-Adolf-Hasse-Platz, mit Özlem Demirel, Michael Mirbach und Maria Westberg, Musik von Johanna Zeul

Hamburg (Harburg)

15.30–17 Uhr, Herbert-Wehner-Platz, Özlem Demirel, Jörn Lohmann und Ulla Taha, Musik von Johanna Zeul

Montag, 6. Mai 2019

Paderborn

11–12.30 Uhr, Am Westerntor, mit Özlem Demirel und Malte Fiedler, Musik von Ali Safari

Bielefeld

16.30–18 Uhr, Siegfriedplatz, mit Özlem Demirel und Malte Fiedler, Musik von Ali Safari

Dienstag, 7. Mai 2019

Essen

10–11.30 Uhr, Willy-Brandt-Platz am Hauptbahnhof, mit Martin Schirdewan und Özlem Demirel, Musik von Ali Safari

Köln

16–17.30 Uhr, Bahnhofsvorplatz (Vor dem Hauptbahnhof), mit Martin Schirdewan und Özlem Demirel, Musik von Ali Safari

Düsseldorf

17–18.30 Uhr, Schadowplatz, mit Martin Schirdewan und Özlem Demirel,



Du kannst uns auf unterschiedliche Weise im Wahlkampf unterstützen. Zum Beispiel indem Du unseren Europawahl-Hashtag #europasolidarisch verwendest, wenn du etwas auf Facebook, Instagram, Twitter oder Youtube postest. Lade deine Freundinnen und Freunde zu unserer Facebook-Seite ein. In der Facebook-App findest Du diese Funktionen gleich unter unserem Logo. Wenn Du am Computer auf unserer Facebook-Seite bist, dann ist »Freunde einladen« gleich unter dem Titelbild. Du hast uns schon bei Facebook geliked, siehst aber nur selten unsere Posts? Dann klicke in der Rechner-Ansicht unter dem Titelbild auf »Abonniert« und wähle »Als Erstes anzeigen«. Bei Twitter kannst Du uns unterstützen, indem Du unsere Tweets retweetest und kommentierst oder Deine Ansicht für #europasolidarisch bei anderen unterbringst.

Bernd Riexinger und Sahra Wagenknecht, Musik von Awa Khiwe

Mittwoch, 8. Mai 2019

Marburg

16.30–18 Uhr, Markt 1 (Vor dem Rathaus), mit Özlem Demirel

Donnerstag, 9. Mai 2019

Melsungen

11–12.30 Uhr, Marktplatz, mit Özlem Demirel, Musik von Ali Safari

Göttingen

16.30–18 Uhr, Wilhelmsplatz, mit Amira Mohammed Ali, Heidi Reichinnek, Edgar Schu und Dr. Eckhard Fascher, Musik von Ali Safari

Freitag, 10. Mai 2019

Erfurt

11–12.30 Uhr, mit Martin Schirdewan, Musik von Ali Safari

Jena

16.30–18 Uhr, Holzmarkt, mit Martin Schirdewan, Musik von Ali Safari

Samstag, 11. Mai 2019

Gießen

13–14.30 Uhr, mit Malte Fiedler, Musik von Ali Safari

Montag, 13. Mai 2019

Darmstadt

11–12.30 Uhr, Luisenplatz, Janine Wissler, Musik von Ali Safari

Mainz

17–18.30 Uhr, mit Conny Ernst, Musik von Ali Safari

Dienstag, 14. Mai 2019

Frankfurt / Main

17–18.30 Uhr, Saalbau Gallus, mit Martin Schirdewan

Mittwoch, 15. Mai 2019

Heidelberg

12–13.30 Uhr, Universitätsplatz, mit Martin Schirdewan, Claudia Haydt, Musik von Tobias Thiele

Mannheim

16.30–18 Uhr, Marktplatz G1, mit Martin Schirdewan und Özlem Demirel, Musik von Tobias Thiele

Donnerstag, 16. Mai 2019

Saarbrücken

17–10 Uhr, Vor der Europagalerie, mit Katrin Christoffel, Thomas Lutze, Claudia Kohde-Kilsch, Michael Ieines, Jürgen Trenz, Markus Lein, Horst Saar und Dennis Lander

Freitag, 17. Mai 2019

Karlsruhe

11–12.30 Uhr, Friedrichsplatz, mit Martin Schirdewan, Claudia Haydt, Musik von Tobias Thiele

Stuttgart

16–17.30 Uhr, Schillerplatz, Martin Schirdewan, Özlem Demirel und Bernd Riexinger, Musik von Awa Khiwe

Samstag, 18. Mai 2019

Schwäbisch Gmünd

13–14.30 Uhr, Ledergasse (An der Remsgalerie), mit Martin Schirdewan, Musik von Tobias Thiele

Montag, 20. Mai 2019

Augsburg

11–12.30 Uhr, Rathausplatz, mit Martin Schirdewan und Kathrin Flach-Gomez, Musik von Calum Baird

München

16–18.05 Uhr, Marienplatz, mit Gregor Gysi, Martin Schirdewan, Özlem Demirel und Éric Bourguignon, Musik von Awa Khiwe

Dienstag, 21. Mai 2019

Regensburg

11–12.30 Uhr, Haidplatz, mit Gregor Gysi und Martin Schirdewan, Musik von Calum Baird

Nürnberg

17.30–19 Uhr, Sebalder Platz, mit Gregor Gysi, Martin Schirdewan und Kathrin Flach-Gomez, Musik von Calum Baird

Mittwoch, 22. Mai 2019

Schweinfurt

11.30–13 Uhr, mit Martin Schirdewan, Musik von Calum Baird

Würzburg

17–18.30 Uhr, mit Martin Schirdewan, Musik von Calum Baird

Donnerstag, 23. Mai 2019

Dresden

11–12.30 Uhr, mit Conny Ernst, Martin Schirdewan, Özlem Demirel und Katja Kipping, Musik von Calum Baird

Leipzig

16.30–18 Uhr, Richard-Wagner-Platz, mit Conny Ernst, Martin Schirdewan, Özlem Demirel, Dietmar Bartsch, Bernd Riexinger und Caren Lay, Musik von Awa Khiwe

Freitag, 24. Mai 2019

Halle (Saale)

11.30–13 Uhr, Markt, mit Gregor Gysi, Musik von Calum Baird

Berlin

16–18 Uhr, Alexanderplatz (Weltzeituhr), mit Gregor Gysi, Martin Schirdewan, Özlem Demirel, Martina Michels, Bernd Riexinger, Petra Pau, Katina Schubert und Klaus Lederer, Musik von Berlin Boom Orchestra

Samstag, 25. Mai 2019

Cottbus

11–12.30 Uhr, mit Bernd Riexinger, Musik von Calum Baird

Potsdam

17.30–19 Uhr, mit Martin Schirdewan und Bernd Riexinger, Musik von Calum Baird

Sonntag, 26. Mai 2019

Berlin

17–22 Uhr, Kleine Alexanderstraße 28, Musik von Jamila & The Other Heroes, Djane: Kate Kaputto

Fünf Punkte für den Frieden

DIE LINKE will die Europäische Union zu einem wahren Friedensprojekt machen. Was sich alles ändern muss, hat sie in fünf Punkten zusammengefasst.

Im Jahre 2012 wurde der Europäischen Union der Friedensnobelpreis verliehen. Bei der Preisverleihung begründete das Nobelkomitee seine Entscheidung mit der stabilisierenden Rolle der Union bei der Umwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem Kontinent des Friedens. Doch das Friedensprojekt ist auf dem falschen Weg, denn die Mitgliedstaaten stecken zunehmend mehr Geld in Aufrüstung. Zudem militarisiert die EU ihre eigene Außenpolitik. DIE LINKE will aber ein friedliches Europa. Deshalb präsentierte der Parteivorsitzende Bernd Riexinger am 15. April auf einer Pressekonferenz in Berlin »5 Punkte für ein Europa, das den Friedensnobelpreis verdient.«

1. Waffenexporte stoppen!

Exporte von Waffen, Rüstung und Waffenteilen aus der EU in Krisen- und Kriegsgebiete müssen sofort ausgesetzt werden. Unter den 10 größten Rüstungsexporturen befinden sich nicht weniger als fünf EU-Staaten. 2013 war die EU hinter den USA der zweitgrößte Rüstungsexporteur der Welt, vor Russland und China. Obwohl es verbindliche EU-Regeln zu Rüstungsexporten (Gemeinsamer Standpunkt 2008/944 GASP) gibt, die verhindern sollen, dass Waffen Konflikte weiter anheizen, Menschen unterdrückt werden oder fragile Staaten destabilisieren, werden weiterhin todbringende Waffen in Krisengebiete und an autoritäre Regime geliefert. EU-Mitgliedstaaten, die die EU-Vorschriften für Waffenexporte nicht einhalten, müssen mit Sanktionen bestraft werden. Rüstungsindustrie, Zulieferer und Forschung dazu dürfen durch die EU nicht weiter gefördert werden. Dual-Use-Güter, die für die Produktion von ABC-Waffen eingesetzt werden können, dürfen nicht an Staaten geliefert werden, die das



jeweilige Abkommen nicht ratifiziert haben. Entwicklung, Produktion und Verwendung insbesondere von vollautonomen Waffen müssen verboten werden und vollautonome Waffensysteme international geächtet werden. In vielen parlamentarischen Initiativen hat sich DIE LINKE für die Verbesserung der EU-Rüstungsexportkontrolle (Gemeinsamer Standpunkt 2008/944 GASP) eingesetzt. Auf den Weg dorthin unterstützen wir die Verbesserung und einheitliche und konsequente Umsetzung der Kontrolle von Rüstungsexporten. Wir teilen die Forderungen der Initiative »Aufschrei«, getragen von Kirchen und Organisationen der Friedensbewegung, und fordern Transparenz und eine Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Die EU-Waffenexportkontrolle als auch der Waffenhandelsvertrag (ATT) müssen spürbare Konsequenzen für Exporteure haben, die gegen die Kriterien verstoßen.

2. Abrüsten statt Aufrüsten

Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, ihre Rüstungsausgaben stetig zu erhöhen, muss abgeschafft werden. Schon 2017 erreichten die weltweiten Militärausgaben mit mehr als 1,7 Billionen US-Dollar den höchsten Stand seit Ende des Kalten Krieges. DIE LINKE fordert, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnet, der für den Abzug der US-Atomwaf-

fen aus der BRD sorgt und die nukleare Teilhabe beendet, mit dem Ziel einer atomwaffenfreien EU-Zone. Eine entsprechende parlamentarische Initiative wird eine der ersten Aktionen der LINKEN im EU-Parlament sein. Die Europa-Abgeordneten der LINKEN werden die von der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) initiierte »parlamentarische Erklärung« untersuchen.

In den Verträgen ist die EU-Militarisierung festgeschrieben. In Artikel 42 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) steht: »Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern«. Was damit gemeint ist, präzisiert Protokoll 10 des Vertrages: Die Bereitschaft, Truppen in EU-Kriegseinsätze zu schicken, sich an den wichtigsten EU-Rüstungsvorhaben zu beteiligen sowie Battlegroups aufzustellen. Welches Land der Aufrüstungsverpflichtung nachkommt, entscheidet die Verteidigungsagentur. DIE LINKE will die entsprechenden EU-Verträge ändern. Über die UNO muss eine globale Abrüstungsinitiative angestoßen werden, in der für alle Mitgliedsstaaten verbindliche Abrüstungsziele festgelegt werden.

3. Friedliches Europa

Aus gutem Grund haben die EU-Verträge eine Vergemeinschaftung von Rüstungs- und Verteidigungsausgaben ausgeschlossen. Mit der »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit« (PESCO) und anderen »außerbudgetären« Fonds wird dieses Verbot umgangen. Die Pläne für einen gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkt auf Kosten der Strukturfonds müssen gestoppt werden. Keine Vergemeinschaftung der Rüstungsausgaben durch die Hintertür. PESCO und EFF müssen gestoppt werden. Auch



Karikatur: Klaus Stüttmann

GEDANKENSTRICH

im EU-Haushalt nehmen militärische Nutzungen einen größeren Raum ein. So z.B. die Entwicklung von Drohnen oder das aus dem Agrarhaushalt querfinanzierte militärisch genutzte Satellitensystem Galileo/Kopernikus (dafür sind von 2014 bis 2020 rund 11,3 Mrd. aus dem EU-Haushalt veranschlagt). Auch Entwicklungshilfgelder werden zunehmend für Ausbildungseinsätze (EUTM) zweckentfremdet. Die EU muss eine Offensive der Diplomatie und Entspannungspolitik voranbringen. Die bisherigen Großmächte USA und Russland sind dazu offensichtlich nicht in der Lage. Der Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze der Bundeswehr muss beim Bundestag verbleiben. Die deutschen Soldatinnen und Soldaten müssen aus dem Ausland zurückgeholt werden.

4. Zivile Konfliktbearbeitung stärken

Wir wollen eine neue, auf Entspannung orientierte Ostpolitik. Sicherheit in Europa kann nur Sicherheit

unter Einbeziehung von Russland sein. Militärmanöver oder Pläne zur Stationierung von Waffensystemen entlang der russischen Westgrenze heizen Konflikte an. Wir lehnen sie ab. Die OSZE sollte mehr als ein Instrument zur Bearbeitung und Lösung regionaler Konflikte sein. Sie muss das zentrale Forum für eine gesamt-europäische, gemeinsame Sicherheitsarchitektur werden, die auf Abrüstung und politische Veränderung in Richtung kollektiver Sicherheit und der Abschaffung aller Armeen zielt. Wir wollen einen europäischen Zivilen Friedensdienst ins Leben rufen und die Länder Afrikas bei der Einrichtung eines afrikanischen Zivilen Friedensdienstes unterstützen. Das kann aus einem Teil der Gelder finanziert werden, die bisher für Militärausbildungsmissionen ausgegeben werden.

5. In die Zukunft investieren statt in den Krieg

Es dürfen keine Haushaltsmittel für die Rüstungsforschung und Sicher-

heitsindustrie zur Verfügung gestellt werden. Stattdessen investieren wir in die Zukunft: 500 Milliarden für bezahlbaren Wohnraum; für eine Mobilitätswende, die Bus und Bahn bezahlbar macht und bessere Verbindungen schafft, Initiativen und Kommunen werden bei der Einrichtung von für den Einzelnen kostenfreien Schienen- und Nahverkehr unterstützt; für schnelles Internet überall. Geld für öffentlichen Verkehr statt Militär: Die EU plant, 6,5 Milliarden Euro auszugeben, um Brücken, Häfen, Eisenbahnlinien und Straßen in Europa panzerfähig zu machen. In der »Connecting Europe Facility« werden erstmals Gelder für militärische Mobilität bereitgestellt. Wir wollen dieses Geld in den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs investieren. Statt Waffen braucht es einen zivilen Konversionsprozess: Feuerwehrautos statt Panzer. Die EU braucht eine konsistente Wirtschaftsstrategie, mit der Rüstungsindustrie in Produktion für zivile Zwecke umgebaut werden kann und Arbeitsplätze erhalten und weiterentwickelt werden. ◀

Mehr zur Friedenspolitik unter:
www.die-linke.de/themen/frieden/

Ein Recht auf Innehalten

Warum es eine gesetzlich garantierte Auszeit braucht und wie ein solches Sabbatical abgesichert sein muss **VON KATJA KIPPING**

Für viele klingt es wie ein Traum. Oder wie etwas geradezu Unanständiges. Einfach mal eine Auszeit von all dem Stress, all der beruflichen Routine zu nehmen. Und das, ohne sich Sorgen machen zu müssen, wie man finanziell über die Runden kommt. Gesetzlich garantierte Sabbaticals könnten genau dies ermöglichen. In einer Zeit, wo der Stress größer wird, wo stressbedingte Erkrankungen zunehmen, ist dies umso wichtiger. Ein Sabbatical ermöglicht es Menschen, auch mal aus dem Hamsterrad auszusteigen, einer stressbedingten Krankheit vorzubeugen. Im Zuge des technischen Fortschritts verändert sich die Erwerbsarbeitswelt in wachsender Geschwindigkeit. Das stellt an die Beschäftigten Anforderungen, sich beständig weiter zu bilden oder auch mal neu zu orientieren. Eine Gesellschaft, in der Sabbaticals zur alltäglichen Kultur gehören, erleichtert dies und eröffnet Möglichkeiten dazu.

Aus verschiedenen Studien wissen wir, dass die Wünsche der Menschen der Wirklichkeit in dieser Frage vorauslaufen. »Eine temporäre Auszeit aus dem Beruf, für einige Monate oder sogar ein ganzes Jahr, ist für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland interessant. Studien belegen, dass sich rund die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland eine solche Auszeit wünscht.« Dies ist nachzulesen in der gemeinsamen Sabbatical-Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Warum wollen so viele ein Sabbatical?

Die Gründe für ein Sabbatical sind unterschiedlich: »Die Weltreise, die oft als der typische Grund für eine Auszeit vom Beruf dargestellt wird, ist nur einer von vielen Beweggründen. Im Vordergrund stehen auch Interessen an Kinderbetreuung, Pflege, Wei-

terbildung, beruflicher Umorientierung oder einfach nur an einer längeren Erholung vom Arbeitsalltag.« Eine online-Studie von Fittkau & Maaß Consulting, die als »größte deutsche Sabbatical-Studie« gilt, gibt als Motive für mögliche Sabbaticals an: »Vorneweg liegen mit je 57 Prozent der Wunsch

MÖGLICHE ECKPUNKTE EINES SABBATICALGESETZES

- Auszeit von einem Vierteljahr oder einem Jahr – bis zu insgesamt zwei Jahre im Berufsleben sowie Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz.
- Anwartschaftszeiten, Bezugsdauer und Anspruchshöhe bezüglich Arbeitslosengeld I werden durch Sabbaticalleistungen/Auszeiten nicht beeinflusst.
- Tarifliche Regelungen, die über diesen Mindeststandard liegen bzw. zusätzliche Regelungen zu Auszeiten enthalten, sind Angelegenheit der Tarifpartner.
- Träger der Sabbatical-Leistung: Amt für Muße oder Abteilung Qualifizierung und Muße bei der Bundesagentur für Arbeit
- Die Höhe der steuerfinanzierten Absicherung während des Sabbaticals orientiert sich an den entsprechenden Regelungen zum Elterngeld

zu reisen und mehr Zeit für sich und seine Interessen zu haben. Knapp dahinter wollen viele neue Perspektiven und zu sich selbst finden (54 Prozent).

Fast bedenklich: Die Hälfte der Befragten will mit der Auszeit ein Burnout überwinden oder einem vorbeugen. Mit Respektabstand folgen dann Sprachen lernen (30%), das Leben grundlegend verändern (21%), die Unzufriedenheit mit dem Job (20%) oder der privaten Situation (13%). Schlanke 12 Prozent wollen diese Zeit für die berufliche Weiterbildung nutzen.« Doch was hindert Deutsche daran, tatsächlich eine berufliche Auszeit zu nehmen und den Wunsch in die Tat umzusetzen? Es sind verschiedene Gründe, die ein Sabbatical verhindern, oft ist es das fehlende Geld. Die Sabbatical-Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung bemerkt: »Viele halten [...] eine solche Auszeit aus betrieblichen oder finanziellen Gründen nicht für realisierbar.« In der online-Studie von Fittkau & Maaß wird zu den Hinderungsgründen festgestellt: »Fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent) nennt hier die Finanzierung. Ihnen fehlt das Geld. Mehr als ein Viertel gibt an, dass dieser Wunsch am Einspruch des Arbeitgebers scheitern würde. Jeweils knapp 17 Prozent sehen einerseits die familiäre Situation und andererseits die Angst vor einem Karriereknick als entscheidende Hindernisse.«

Derzeit nur für Privilegierte

So ist es kein Wunder, dass sich derzeit oft nur Privilegierte Auszeiten leisten können, obwohl viele so eine längere Pause bräuchten. Die Sabbatical-Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung spricht eine deutliche Sprache: »Sabbaticals stellen ein wichtiges Element der lebensverlaufsorientierten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dar. Sie ermöglichen individuell gesteuerte Auszeiten für berufliche und außerberufliche Interessen der Beschäftigten, wie Weiter-

bildung, berufliche Umorientierung, Kinderbetreuung, Pflege, Erholung oder Freizeit. Derzeit können Sabbaticals in Deutschland nur im Rahmen individueller Anspar- und Finanzierungsmodelle realisiert werden, die mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren und zu regeln sind. Die Verbreitung und Nutzung hängt damit vom betrieblichen Angebot und den verfügbaren Ressourcen der Beschäftigten ab und fällt insgesamt eher gering und selektiv aus.« Die Studienautorinnen und -autoren warnen zudem: »In den letzten 20 Jahren ist ein Anstieg der Arbeitszeiten, unsozialen Arbeitszeitlagen, Arbeitsintensivierung und Arbeitsbelastungen zu verzeichnen. Damit nimmt für die Beschäftigten das Risiko von gesundheitlichen Beeinträchtigungen und vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit zu. In Deutschland haben 2009 rund 1,5 Millionen Menschen Erwerbsminderungsrente bezogen. Nach einer Schätzung der Betriebskrankenkassen betragen die

Kosten von Krankheit durch psychische Belastungen am Arbeitsplatz ca. 6,3 Milliarden Euro pro Jahr. Längere Auszeiten zur Erholung können einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Gesundheit, Arbeitsmotivation und Produktivität im Erwerbsverlauf leisten. Vor dem Hintergrund der Anhebung des gesetzlichen Rentenalters gewinnt diese Funktion zusätzlich an Bedeutung.«

Gesetzlich garantierte Sabbaticals

Deshalb braucht es ein Programm für die Entprivilegierung von Auszeiten. Gesetzlich garantierte Sabbaticals müssen her! Diese gesetzlich garantierten Sabbaticals sollen ein Instrument der Arbeitszeitverkürzung und der besseren individuellen Vereinbarung von Erwerbsarbeit und unterschiedlichen Wünschen nach Erholung, Umorientierung und Bildung

sein. Nicht mehr und nicht weniger! Bereits im Wahlprogramm der Partei DIE LINKE haben wir uns mit dem Thema befasst: »Sabbatjahre für alle: Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben, für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr). Damit verbunden ist ein Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz. Die Sabbatzeiten können auch als kleinere Auszeiten von drei bis sechs Monaten genommen werden.« Selbstverständlich ist eine Sabbatical-Politik eingebettet in arbeits-, tarif-, familien- und sozialpolitische Strategien wie z. B. Erhöhung der unteren und mittleren Löhne, gleicher Lohn für Frauen, Zurückdrängung der Arbeitsverdichtung und Arbeit unter Stress, Ausbau der sozialen Infrastruktur und Dienstleistungen usw.. Die Höhe der steuerfinanzierten Absicherung während des Sabbaticals orientiert sich am Elterngeld: Die Nettomindesthöhe ist analog der Mindestsicherung anzusetzen. ◀

Anzeige



► SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Wahl-Abo: 6 Wochen für nur 10 Euro #EUWahl2019 – Gut informiert. Überall und zu jeder Zeit.

Nicht verpassen! Unsere Serie zur Wahl.
Digital to go. nd.DerTag und nd.DieWoche im Wahl-Abo für PC, Tablet und Smartphone.
Inklusive: Eine Ausgabe OXI. Wirtschaft anders denken. Die Wirtschaftszeitung.

**WÄHLE
JETZT**

<http://dasND.de/wahlabo>
Telefon: (030) 29 78-18 00

shutterstock/nd

Ein fauler Kompromiss

Die vom Bundestag beschlossene Reform des Paragraphen 219a hilft nur den Abtreibungsgegner*innen **VON BIANCA THEIS**

Im Februar stimmte die Mehrheit des Bundestages für eine Reform des Paragraphen 219a. Dem Beschluss war ein monatelanger Protest vorausgegangen, der die Abschaffung des §219a forderte. Das Gesetz, das die Werbung von Schwangerschaften verbietet, war nach 25 Jahren wieder auf der Tagesordnung. Am Ende entschied sich die Bundesregierung für einen Kompromiss zwischen SPD und Union. Die Reform erlaubt es Ärzt*innen zukünftig darüber zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Jegliche weitere Information, wie Beratung oder Aufklärung über den Eingriff, bleibt weiterhin untersagt. Ärzt*innen sollen auf die zuständigen Behörden, Beratungsstellen und Ärztekammern verweisen. Ferner soll es eine von der Ärztekammer geführte Liste geben, die darüber Auskunft gibt, welche Mediziner*innen oder Kliniken Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Es ist offensichtlich, dass die Reform des §219a genau das nicht erreicht, was sie erreichen sollte, nämlich eine Entkriminalisierung der Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten. Denn die Webseite der Gießener Ärztin Kristina Hänel, die 2018 zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro verurteilt wurde, wird auch weiterhin gesperrt bleiben. Sie hatte dort darüber informiert, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführt und wie der Eingriff vorgenommen wird.

Entmündigte Frauen

Da Mediziner*innen durch ihren Beruf per se unter Verdacht stehen, sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen, wird ihnen jegliche Auskunft über Schwangerschaftsabbrüche untersagt. Paragraph 219a verbietet es Ärzt*innen, sowohl ihre Patient*innen darüber aufzuklären, welche Methoden des Schwangerschaftsabbruches es gibt, als auch sie

hinsichtlich einer möglichen Abtreibung zu beraten. Die Beratung selbst regelt der Paragraph 218. Schwangerschaftsabbrüche sind per Gesetz illegal und nur unter bestimmten Voraussetzungen straffrei. Dazu gehört eine Beratung in einer offiziellen Beratungsstelle, die mindestens drei Tage vor dem Eingriff stattfinden muss. Die Beratung der Schwangeren findet zum Schutz des ungeborenen Lebens statt: »Sie hat sich von dem Bemühen leiten zu lassen, die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen«. Wenn Ärzt*innen ihre Patientinnen nicht beraten dürfen und die Beratungsstellen die Frauen zum Austragen des Kindes überreden sollen, wer berät dann zum Wohl der schwangeren Frauen? Eine selbstbestimmte Entscheidung der Frauen über ihren Körper und ihre Zukunft ist im Gesetz nicht vorgesehen.

Ein Minister auf Abwegen

Mit der Reform des Paragraphen 219a wurde außerdem noch eine von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gewünschte Studie vom Bundestag genehmigt. Die Studie soll fünf Millionen Euro kosten und zu den Spätfolgen von Schwangerschaftsabbrüchen forschen. Dass es bereits eine 2015 veröffentlichte Studie von pro familia gibt, die besagt, dass 95 Prozent der Frauen auch drei Jahre nach einem Schwangerschaftsabbruch sicher sind, die richtige Entscheidung getroffen zu haben, scheint den Gesundheitsminister, nicht zu interessieren. Es liegt wohl auf der Hand, was er mit dieser Studie erreichen möchte. Zumal er auch keinen Hehl daraus macht, wie er über Menschen denkt, die ihr Recht auf Selbstbestimmung einfordern. »Wenn es um das Leben von Tieren geht, da sind einige, die jetzt für Abtreibungen werben

wollen, kompromisslos. Aber in dieser Debatte wird manchmal gar nicht mehr berücksichtigt, dass es um ungeborenes menschliches Leben geht«, so Jens Spahn, der »Lebensschützer«. Dass der CDU-Politiker auch sonst nicht zu den Verfechtern einer modernen Familienpolitik zählt, brachte er schon 2014 auf den Punkt, als er über die Pille danach sagte: »Das

STRAFGESETZBUCH PARAGRAF 219a

■ Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft

(1) Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) seines Vermögensvorteils wegen oder in grob anstößiger Weise

1. eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs oder
2. Mittel, Gegenstände oder Verfahren, die zum Abbruch der Schwangerschaft geeignet sind, unter Hinweis auf diese Eignung anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekanntgibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

sind keine Smarties«. Sein Frauenbild wird damit wohl deutlich. Auch wenn fünf Millionen Euro, verteilt auf vier Jahre, keine Großausgabe für die Bundesregierung darstellen, hätte das Geld trotzdem sicherlich

auch ein anderes Projekt gefunden, das Frauen wirklich zu Gute gekommen wäre. Wie zum Beispiel die Finanzierung neuer Frauenhäuser. Die werden nämlich wirklich gebraucht.

Überkommenes Frauenbild

Die Hoffnung vieler Aktivist*innen auf eine Abschaffung des Paragraphen 219a hat sich also nicht erfüllt. Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen, werden durch die Illegalität von Schwangerschaftsabbrüchen weiterhin stigmatisiert und die vielen Ärzte und zahlreichen Ärztinnen, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten, werden weiterhin kriminalisiert. Der Kampf um das Recht auf körperliche Integrität, Entscheidungsfreiheit und Information geht also weiter. Ein Kampf, der durch den Aufschwung rechter Kräfte in Deutschland, Europa und den USA einen immer stärkeren Gegner vor sich hat. Leider wird dieser durch das restriktive Abtreibungsgesetz in Deutschland auch weiterhin in seinen Handlungen bestärkt. Der Fall Kristina Hänel macht dies wohl besonders deutlich. Sie und viele weitere Ärzt*innen, die Informationen über Schwangerschaftsabbrüche auf ihre Webseite stellen, werden zunehmend von Männern aus dem Umfeld der »Lebensschützer«-Bewegung angezeigt. Hänel wurde vom Gießener Landgericht wegen Verstoßes gegen Paragraph 219a für schuldig befunden. Die Richterin begründete ihr Urteil damit, dass sie eine Normalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen verhindern wolle. Schwangere Frauen bräuchten wegen ihrer besonderen Lage eine besondere Beratung und seien nicht in der Lage, sich selbst ausreichend zu informieren und eine vernünftige Entscheidung zu treffen. Somit reiht sich die Aussage der Richterin ein in ein Frauenbild, das Frauen un-



Foto: Bianca Theis

STRAFGESETZBUCH PARAGRAF 218

■ Schwangerschaftsabbruch

- (1) Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Handlungen, deren Wirkung vor Abschluß der Einnistung des befruchteten Eies in der Gebärmutter eintritt, gelten nicht als Schwangerschaftsabbruch im Sinne dieses Gesetzes.
- (2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter
 1. gegen den Willen der Schwangeren handelt oder
 2. leichtfertig die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung der Schwangeren verursacht.
- (3) Begeht die Schwangere die Tat, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe.
- (4) Der Versuch ist strafbar. Die Schwangere wird nicht wegen Versuchs bestraft.

terstellt, zu emotional zu handeln, so dass sie vom Staat geschützt werden müssen. Ein Frauenbild, das in der BRD lange Tradition hat und sich in dem Weltbild der »Lebensschützer«-Bewegung, die von christlichen Fundamentalisten bis hin zu Teilen der Neuen Rechten unterstützt wird, widerspiegelt.

Aber auch der Widerstand wird größer. Die Forderung nach der Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a wird in der Öffentlichkeit immer lauter. Gerade 219a wurde in diversen Nachrichten und Talkshows heftig diskutiert. Viele der betroffenen Ärzt*innen haben sich von der Anklage der »Lebensschützer« nicht einschüchtern lassen und begonnen, sich zu vernetzen und auszutauschen. Somit hat zum Beispiel der Fall Kristina Hänel auch viele junge Ärzt*innen darin bestärkt, gegen den §219a vorzugehen und gemeinsam für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung zu kämpfen. Viele Frauen und Queers stellen sich entschlossen gegen ein rückwärtsgewandtes Familienmodell, in dem Weiblichkeit zugleich an Mutterschaft gekoppelt wird. Eine neue Welle des Feminismus ist sichtbar, die es sich zum Ziel gesetzt hat, endlich einen Schlusstrich unter diese schon viel zu lang andauernde Debatte zu setzen. ◀

Bianca Theis ist Mitarbeiterin im Bereich Bürgerdialog, Medien und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Den Mietenwahnsinn stoppen!

DIE LINKE demonstrierte am 6. April an der Seite der Mieterinnen und Mieter und kämpft mit einem Fünf-Punkte-Programm für bezahlbare Mieten

Am 6. April gingen in vielen Städten mehr als 55.000 Menschen auf die Straße, um gegen den Mietenwahnsinn zu demonstrieren. In Berlin fiel auf der dortigen Demo mit mehr als 40.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeitgleich der Startschuss für das Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«. DIE LINKE unterstützte die Demonstrationen. Viele Genossinnen und Genossen beteiligten sich an den Protesten, unter ihnen auch die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger. Zudem macht sich DIE LINKE auch für das Berliner Volksbegehren zur Enteignung großer Immobilienkonzerne stark. Während die Konzerne fette Gewinne machen, spitzt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu – in Deutschland und vielen anderen Ländern Europas. Die Mieten sind in den letzten zehn Jahren durchschnittlich um mehr als 20 Prozent gestiegen, vor allem in den größeren Städten noch stärker. Am härtesten trifft es Menschen mit geringem Einkommen in Städten, in denen die Mieten explodieren. Die EU tut dagegen nichts. Dabei ist in Artikel 34 der Grundrechtecharta der EU festgehalten: Wer nicht ausreichend Geld hat, soll Unterstützung für die Wohnung erhalten, um ein menschenwürdiges Dasein sicherzustellen. Aber die Realität sieht anders aus. In Irland leben tausende Erwachsene und Kinder in Notunterkünften, weil sie ihre Wohnung verloren haben. In Spanien werden immer noch täglich Menschen zwangsgeräumt. In Paris, London und Berlin steigen die Mieten ins Unendliche. Allein 2017 gab es in Spanien über 25.000 Zwangsräumungen wegen unterlassener Mietzahlungen und mehr als 15.000 Zwangsräumungen wegen ausstehender Hypothekenzahlungen. Haus- und Wohnungsbesitzer kommen unter Druck: Die meisten verschulden sich, um ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen und verlieren ihr Zuhause, wenn

sie die Raten nicht mehr zahlen können. Für viele Europäer bedeutet das den Verlust ihrer Altersvorsorge. Für Deutschland schätzte die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, dass zum Ende des Jahres 2016 bundesweit etwa 860.000, bis 2018 schon etwa 1,2 Millionen Menschen über keine Wohnung verfügten. Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen und Vonovia machen währenddessen Millionenprofite.

So schaffen wir bezahlbaren Wohnraum in Europa:

Mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau! Die EU verbietet es, Mieten öffentlich zu subventionieren – außer für besondere Bevölkerungsgruppen, die als »bedürftig« definiert werden. Wir sagen: Bezahlbarer Wohnraum ist ein Muss für die Mehrheit der Menschen. Soziale Wohnungsfonds müssen erhalten werden. Öffentliche Investitionen in bezahlbaren Wohnraum müssen auch seitens der EU ausgeweitet werden. Es müssen mehr Wohnungen gebaut und durch die öffentliche Hand aufgekauft werden. Wir wollen, dass sich der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen am realen Bedarf orientieren muss – und das sind in vielen Städten schon mehr als die Hälfte der Bewohner. Dass es anders geht, zeigt die Stadt Wien. Dort gibt es moderne Sozialwohnungen mit attraktiven Wohnbedingungen zu erschwinglichen Mieten, und das für mehr als 60 Prozent der Einwohner der Stadt Wien.

Energetische Sanierung – ökologisch und bezahlbar: Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes wird europaweit eine Herausforderung, gerade für die Sozialpolitik. Denn energetische Sanierungen wer-

den oft genutzt, um die Mieten hochzutreiben. In Deutschland dürfen acht Prozent der Modernisierungskosten auf die monatliche Miete umgelegt werden. Das bedeutet für Mieter manchmal mehr als 200 Euro Miete mehr im Monat – und geschieht häufig in Stadtteilen, in denen große Konzerne viele Wohnungen aufgekauft haben und die Menschen eher geringe Einkommen haben. Wir wollen verhindern, dass das passiert: In Deutschland fordern wir die Abschaffung der Modernisierungumlage. Wir wollen bessere öffentliche Förderung für die energetische Sanierung auch aus EU-Mitteln und eine wirksame Mietpreisbremse. Insbesondere bei geförderten Modernisierungsvorhaben soll eine Warmmietenneutralität erreicht werden – europaweit. Dies muss in den Förderbedingungen verankert werden.

Immobilienkonzerne enteignen: DIE LINKE will der Spekulation einen Riegel vorschieben. Immobilienfonds wollen wir die Zulassung entziehen. Unternehmen, die mit Wohnraum spekulieren, wird die Börsenzulassung entzogen. Das legt großen Konzernen wie Vonovia und Deutsche Wohnen das Handwerk. Wir wollen sie in öffentliches Eigentum überführen. DIE LINKE unterstützt das Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co enteignen«. Wir setzen uns dafür ein, europaweit die Enteignung von Wohnungen und den Rückkauf von Wohnungen durch öffentliche sowie gemeinnützige Träger zu ermöglichen, und gehen dabei voran.

Zweckentfremdung verhindern: In den Metropolen treiben kommerzielle Betreiber von Ferienwohnungen die Mieten zusätzlich in die Höhe. Konzerne wie Airbnb profitieren davon. Einige Städte und Länder (z. B. Barcelona, Berlin) haben bereits Regularien eingeführt, um die ausufernde Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern. Airbnb macht

DAS WILL DIE INITIATIVE »DEUTSCHE WOHNEN & CO. ENTEIGNEN«

in Brüssel Lobbyarbeit, um genau das zu verhindern. Wir halten dagegen. Konzerne wie Airbnb profitieren von geringer Regulierung und treiben die Mietpreise in allen europäischen Städten in die Höhe. Wir wollen Airbnb stärker regulieren und eine zusätzliche europaweite Unternehmenssteuer für das Geschäftsmodell der privaten Wohnungsvermietung über Internetplattformen einführen. Aber das reicht nicht aus. Grundsätzlich dürfen Wohnungen nicht ausschließlich zum Zweck der Vermietung an Touristen verwendet werden. Wir wollen eine soziale Alternative: eine Plattform in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand (zum Beispiel FairBnB) statt eines Konzerns, um freie Zimmer zu vergeben.

Löhne rauf, Mieten runter: Die Mieten steigen, die Löhne halten nicht mit. Besonders hart trifft es diejenigen, die wenig verdienen. Wir fordern auf Bundesebene ein Mieten-

■ Private Wohnungsgesellschaften, die mehr als 3.000 Wohnungen besitzen, sollen nach Artikel 15 Grundgesetz enteignet und ihre Bestände in Gemeineigentum überführt werden.

■ Die betroffenen Unternehmen sollen deutlich unter Marktwert entschädigt werden.

■ Zur Verwaltung der Bestände soll eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) neu geschaffen werden. In deren Satzung wird festgehalten, dass die Bestände der AöR nicht privatisiert werden dürfen.

■ In der AöR sollen die in Gemeineigentum überführten Bestände unter mehrheitlich demokratischer Beteiligung von Stadtgesellschaft und Mieter*innen verwaltet werden.

moratorium, bis die Mietpreisbremse wirkt. Die Eigentümerquote bei Menschen mit geringem Einkommen liegt deutlich niedriger. Menschen mit geringem Einkommen profitieren nicht von den staatlichen Mitteln zur Förderung von Wohneigentum und sind deshalb von steigenden Mieten besonders betroffen. Wer etwa als Verkäuferin, Erzieherin oder Paketlieferant arbeitet, kann sich die Miete in der Stadt, in der er lebt, häufig gar nicht mehr leisten. Deshalb braucht es beides: höhere Löhne und bezahlbaren Wohnraum. Wir treten für eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung ein: Alle EU-Staaten werden dazu verpflichtet, existenzsichernde gesetzliche Mindestlöhne einzuführen. Dafür müssen sie oberhalb von 60 Prozent der mittleren Verdienste (in der Fachsprache: des Medianlohns) in den jeweiligen Ländern liegen. Für Deutschland heißt das heute: 12 Euro Mindestlohn, ohne Ausnahmen. ◀

Foto: Bianca Theiss



Gemeinsamer Kampf statt »Islamkritik«

Der rechte Aufschwung ist zu einer realen Bedrohung für Muslim*innen geworden. Eine Antwort auf den Artikel »Das linke Islamdilemma« aus dem April-DISPUT
VON JULES EL-KHATIB UND ISMAIL AL-KAYED

Foto: Pixabay

Anfang April veröffentlicht der DISPUT einen Artikel mit dem Titel »Das linke Islamdilemma« von M. Wir reiben uns die Augen. Zwei Wochen zuvor hat im neuseeländischen Christchurch ein bekennender Faschist, der sich als Teil einer weltweit agierenden Bewegung gegen den »Bevölkerungsaustausch« durch Muslime versteht, 50 Menschen in zwei Moscheen ermordet. Horst Seehofer beschwichtigt, so etwas könne in Deutschland nicht passieren, denn es gebe ja kein islamfeindliches Klima. Wir sind froh, dass einige Vertreter*innen der LINKEN sich zu Christchurch geäußert und den von Rassismus Betroffenen ihre Solidarität ausgedrückt haben, gleichzeitig ist es schockierend, wenn im Artikel nun Solidarität als falsch oder naiv dargestellt wird.

Das Feindbild Islam – oder antimuslimischer Rassismus – hat für Rechte eine zentrale Bedeutung. Beatrix von Storch schreibt, dass »der Islam das brisanteste Thema des Programms überhaupt« sei und für die »Außenkommunikation« am besten geeignet. Das ist nicht neu. Die NPD in Sachsen bezeichnete schon im Jahr

2010, als Sarrazin seinen Bestseller »Deutschland schafft sich ab« veröffentlichte, »Moslem-Feindschaft und Islam-Kritik als politischen Türöffner«. Sie empfahl, »Muslime als Projektionsfläche für all das anzubieten, was den Durchschnittsdeutschen an Ausländern stört«.

Der rechte Aufschwung ist zu einer realen Bedrohung für Muslim*innen, andere von Rassismus Betroffene und Linke geworden. Es sollte selbstverständlich sein, dass wir unsere antirassistische Solidarität nicht an die Bedingung knüpfen, ob die Wertvorstellungen eines Opfers den unseren entsprechen. Wir verteidigen auch ultraorthodoxe Juden gegen Antisemitismus und wir verteidigen konservative Muslime gegen antimuslimischen Rassismus. Damit machen

wir uns nicht deren Wertvorstellungen zu Eigen. Und wenn die Autorin schreibt, es gehe bei dem Diskurs um den Islam nicht um die kopftuchtragende Muslima, die in der Bahn angespuckt wird, dann missversteht sie, worum es geht. Es geht um eben diese Muslima, die als Außenseiterin, als Abweichung von der Norm dargestellt wird, als Sündenbock von bürgerlichen Rassisten und auch von extrem rechten Kräften benutzt und von letzteren sogar angegriffen und bedroht wird. Die Islamkonferenz wird von M. als ein Haufen Wahnsinniger dargestellt, geschimpft, gebrüllt und verurteilt auf dieser Konferenz. Einzig der Name der Veranstaltung schien einen Zusammenhalt zu symbolisieren. Die Musliminnen

Es sollte selbstverständlich sein, dass wir unsere antirassistische Solidarität nicht an die Bedingung knüpfen, ob die Wertvorstellungen eines Opfers den unseren entsprechen.

und Muslime bei der Deutschen Islamkonferenz hätten sich zwischenzeitlich wohl gern gegenseitig den Kopf abgerissen.«

Es fehlt eine Analyse über muslimische Organisationen und Verbände, ihre Rolle und auch ihre Widersprüche im Kontext der Migrationsgeschichte – und es fehlt der Kontext des institutionellen, strukturellen und regierungsamtlichen Rassismus.

Wir finden, es ist die erste Aufgabe der LINKEN, die Regierung zu kritisieren, die kaum etwas tut, um bestehende Diskriminierungen von Muslim*innen abzubauen. Stattdessen macht Innenminister Seehofer einen scheinbaren Widerspruch zwischen dem Islam und einer in »Deutschland gewachsenen Kultur und den Werten unserer Gesellschaft« auf.

»Wenn die AfD A sagt, dann brüllt man B – unabhängig vom Inhalt. Und wenn die AfD den Tierschützer mimt und die Praxis des Schächstens verbieten will, dann heißt es: »Antise-miten! Islamfeinde!«, schreibt M. Ja, die geheuchelte Tierliebe der AfD richtet sich gegen jüdisches und muslimisches Leben in Deutschland. Das ins Lächerliche zu ziehen, verkennt die Funktion von Debatten wie die ums Schächten für die völkischen Vorstellungen der AfD. Und es blendet die Gefahr aus, die von der AfD als faschistischer Partei im Werden ausgeht. Das erste Schächtings-verbot und Tierschutzgesetz wurde von den Nazis 1933 erlassen. Es verwundert daher nicht, wenn in der jüdischen und muslimischen Community diese Debatte böse Erinnerung weckt, da ein Großteil derjenigen, die diese Debatte prägen, zu Maskentier-halteligiösen Dogmen der Weltanschauungensolche Praktiken, ist ein hohes Gut, dass DIE LINKE traditionell verinnerlicht hat. Religion ist Opium für das Volk – gilt das nur für das Christentum?«, schreibt

Wir finden, es ist die erste Aufgabe der LINKEN, die Regierung zu kritisieren, die kaum etwas tut, um bestehende Diskriminierungen von Muslim*innen abzubauen.

M. Die falsche Zitation von Marx trägt zu einem falschen Verständnis bei, denn Marx versteht Religion nicht als Droge, die die Herrschenden verabreichen, sondern als Schmerzmittel, das man nimmt, um sich abzulenken. In der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie heißt es nicht »Opium fürs Volk« sondern: »Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks.«

Marx wollte nicht der Religion einen besonderen Kampf ansagen, sondern die Gesellschaft so ändern, dass »Schmerzmittel« überflüssig werden. Bei der Kritik an Positionen von religiösen Gemeinschaften ist der Kontext entscheidend. Kritik an den Praktiken von religiösen Minderheiten in Deutschland angesichts täglicher antimuslimischer und antisemitischer Angriffe ist etwas anderes als Kritik in Saudi-Arabien oder im Iran an der herrschenden Staatsreligion.

DIE LINKE ist gut beraten, Kritik an konkreten Positionen von religiösen oder weltanschaulichen Gemeinschaften und die offensive Verteidigung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit nicht voneinander zu trennen und gleichzeitig deutlich zu machen, dass wir antimuslimischem

Rassismus konsequent bekämpfen. Erst dies schafft die Grundlage für einen gemeinsamen Kampf mit Muslimas und Muslimen in Deutschland, sei es gegen Rassismus, Krieg oder Ausbeutung. Übrigens liegt Meyers auch falsch, wenn sie denkt, sie würde »den Liberalen« im Islam einen Gefallen tun, wenn sie DIE LINKE auffordert, in die allgemeine Islamkritik mit einzustimmen. Lamya Kaddor vom liberal-islamischen Bund kritisierte die zehn Erstunterzeichner einer Gruppe sich säkular nennender Muslime, unter anderem Necla Kelek, Seyran Ates und auch Grünen Chef-Özdemir: »Sie wirken wie ein Klub der kritisierten Islamkritiker, die ihren ramponierten Ruf aufpolieren wollen. Die meisten von ihnen tauchen jedenfalls in wissenschaftlichen Diskursen über Rechtspopulismus oder Islamfeindlichkeit auf – wie Necla Kelek.«

Der französische Marxist Gilbert Achcar, hat in einem Artikel für »ContreTemps« bereits 2005 den Zusammenhang zwischen Islamfeindlichkeit und Fundamentalismus auf den Punkt gebracht: »Islamphobie ist objektiv der beste Verbündete des islamischen Fundamentalismus: Ihr jeweiliges Wachstum bedingt einander. Je mehr die Linke den Eindruck erweckt, dass sie sich der vorherrschenden Islamfeindlichkeit unterordnet, desto weiter entfernt sie sich von der muslimischen Bevölkerung und desto mehr wird sie die Arbeit der islamischen Fundamentalistinnen und Fundamentalisten erleichtern, die dann als die einzige Gruppe erscheinen, die in der Lage ist, dem Protest der jeweiligen Bevölkerung gegen das wirkliche Elend Ausdruck zu verleihen.« ◀

Jules El-Khatib ist stellvertretender Landessprecher der LINKEN.NRW und Ismail Al-Kayed ist Mitglied der Linksjugend solid' Essen und der LINKEN.Essen

Zukunftsprogramm Ost

Anstoß und Gedanken des Ältestenrates der Partei DIE LINKE zur Situation in den neuen Bundesländern

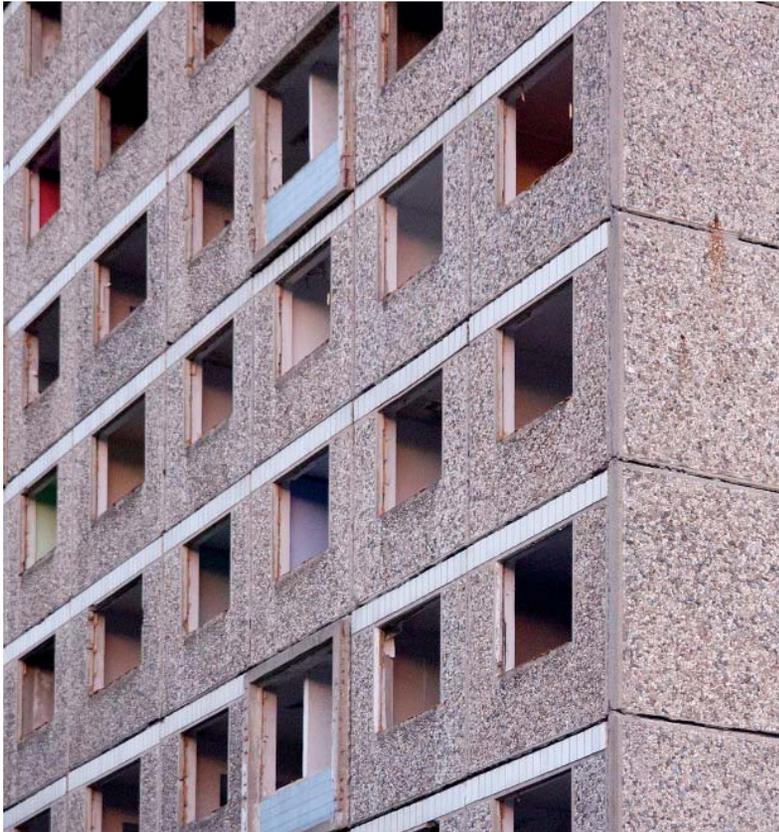


Foto: Martin Heinlein

Wenn heute bei der Teilnahme der LINKEN an Regierungen in Ostdeutschland von Politikwechsel, der angestrebt wird, die Rede ist, dann steht dem der im Realkapitalismus anhaltende und sich verschärfende Gegensatz von wachsendem Reichtum Weniger und wachsender Armut Vieler diametral entgegen. DIE LINKE hat als Partei ihre historischen Wurzeln in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, zu denen sie sich bekennen müsste und kommt mit ihrer Entwicklung aus Ost- wie aus Westdeutschland, ein Prozess, den sie vertiefen sollte. Noch hat DIE LINKE eine Chance, nicht nur von Klassenpolitik zu reden und zu schreiben, sondern sie gerade jetzt zum Gegenstand ihres politischen Eintretens und Handelns zu entfalten. Im Jahr 2019 wird

sich zeigen, ob DIE LINKE den historischen Platz, der ihr mit den Wahlen für die ostdeutschen Landtage übertragen ist, ausfüllen oder versagen wird. Der Ältestenrat hat auf dem Leipziger Parteitag vorgeschlagen, ein »Linkes Zukunftsprogramm Ostdeutschland« auszuarbeiten und wiederholt bekundet, im Rahmen seiner Möglichkeiten dabei mitzuwirken. Was wir hier als Ältestenrat vorlegen, kann nur ein Anstoß dafür sein. Wir können als Partei DIE LINKE nur Stabilität bewahren und wachsende Zustimmung gewinnen, wenn wir uns ausgehend von einer kritischen Analyse ganz entschieden und konsequent mit allen unseren Möglichkeiten für die Interessen und Fragen der Ostdeutschen engagieren und mit allen Kräften einsetzen. Ziel des Projektes sollte die programmati-

sche Forderung der Partei DIE LINKE für ein »Ostdeutsches Zukunftsprogramm« sein.

Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse

Die in Ostdeutschland sichtbaren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fehlentwicklungen stehen im Widerspruch zum Vereinigungsvertrag und zu Artikel 72 Abs. 2 des Grundgesetzes, der die »Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet« festschreibt. Die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland ist gekennzeichnet durch die anhaltende Stagnation wichtiger gesamtwirtschaftlicher Indikatoren der ostdeutschen Wirtschaft seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Eine Angleichung der Wirtschaftskraft an die des Westens gibt es nicht. In Ostdeutschland müssen die Lohnabhängigen drei Stunden länger arbeiten und bekommen weniger Lohn. Eine Tarifmauer trennt den Osten weiterhin vom Westen, wobei auch im Westen die Tarifbindung dramatisch abnimmt. Wenn man das westdeutsche Durchschnittseinkommen zu Grunde legt, gibt es in Ostdeutschland etwa doppelt so viele Niedriglöhner wie in Westdeutschland.

Die ostdeutschen Renten liegen unter den Westrenten. Da die Angleichung der Renten nach dem Einigungsvertrag an die Lohnentwicklung gebunden ist, hinken auch die Renten im Osten hinter denen im Westen her. Im Zusammenhang mit der Entwertung der Lebensleistung der Ostdeutschen wurden zahlreiche in der DDR erworbene Rentenansprüche in Zusatz- und Sonderversorgungssystemen gestrichen. Davon sind heute noch mindestens eine halbe Million Bürgerinnen und Bürgern betroffen. Hinzu kamen Strafrenten für Funktionsträger der DDR, von denen noch etwa 100.000 leben.

Einer der großen Skandale der Vereinigung ist der sogenannte Elitentransfer, d. h. die dauerhafte Besetzung der Führungspositionen im Staat mit Westdeutschen. In Gesamtdeutschland sind 1,7 Prozent der Führungsjobs mit Ostdeutschen besetzt. Etwa 90 Prozent der neu berufenen Professoren an den ostdeutschen Universitäten kommen aus Westdeutschland. Von den 35 zwischen 1990 und 2004 tätigen Staatssekretären im Freistaat Sachsen kamen 85,3 Prozent aus Westdeutschland (Thüringen 74,4 Prozent). Es bestehen Ungleichheiten, ungleiche Rechtsauslegungen, Demütigungen, Kränkungen und Ungerechtigkeiten, die nach der Wende entstanden sind. Es sind Entscheidungsfelder offen, die einem breiten Teil der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger Zukunftschancen verbauen oder nehmen. DIE LINKE wird ihre Initiative auf folgende Entscheidungsfelder richten:

1. Standortpolitik und Wirtschaftsförderung

- Ende Kohleförderung und Ansiedlung von Industrie, Reaktivierung
- Sicherung und Weiterentwicklung des Fahrzeugbaus und weiterer Wirtschaftskerne
- Industriebetriebe mit Exportperspektiven
- Sonderförderung für Klein- und mittlere Unternehmen (KMU)
- Wirtschaftsfaktor - EU - Regionen
- Bedingungen für Forschung und Innovation

2. Sozialpolitik

- Rentenfragen - Angleichung der Rentenpunkte
- Aufhebung der Ungleichheit bei der Mütterrente in Ost und West
- Aufhebung der Ungleichheiten in der Bezahlung (z. B. Pastoren)
- Gleiche Löhne und Beseitigung von Tarifmauern
- Gleichheit auf den Arbeitsmärkten

- Der Abbau nach 1990 hat zehntausende Wohnungen zerstört; Wohnungsbau und Mietenfrage

3. Entscheidungen zur Rechtslage Auflösung der Bundesbehörde für die Unterlagen des MfS und Übergabe der Akten in das Bundesarchiv

- Beendigung von Sonderüberprüfungen Ost, die auch nachwachsenden Generationen Chancen zur Teilnahme an gesellschaftlicher Verantwortung geben
- Aufarbeitung der Ergebnisse der »Aufarbeitung« - Einleitung einer neuen Forschungsphase
- Außerordentliche Maßnahmen zur Aufdeckung der Treuhandfrage
- Analyse der politischen Bildung und setzen neuer Maßstäbe für eine Erinnerungskultur angesichts der Rechtsentwicklungen in der EU und in der BRD

4. Achtung und Einhaltung der Forderungen und des Geistes des 2+4-Vertrages

- Schluss mit den militärischen Übungsplätzen
- Kein Aufmarschbereich für NATO-Kräfte gegen die vierte Nachfolgemacht des Vertrages

5. Bildungswesen und Daseinsfürsorge als gesamtdeutsche Erfahrungen

- Schulsystem und gemeinsames Lernen
- Polikliniken
- Ärztliche Betreuung in ländlichen Regionen

6. Entwicklung der ländlichen Regionen

- Analyse und Maßnahmen gegen eine Entvölkerung ganzer ländlicher Regionen nach 1990 in Ostdeutschland

- Überprüfung der Handlungen zur Bodenreform entsprechend 2+4-Vertrag
- Entwicklung von Programmen in den östlichen Bundesländern für den ländlichen Raum

7. Achtung und Aufschwung Ost

- Analyse über die Verantwortungsstrukturen in staatlichen Organen, im Hochschulbereich, im Bereich der Daseinsvorsorge und Anteil Ostdeutscher in Führungsbereichen für die Aufhebung von Ungleichheiten
- Regierungsprogramm für die Förderung und den Aufbau von Wissenschaftszentren in Ostdeutschland

Vorschläge für erste Maßnahmen

Der Parteivorstand prüft und greift die Überlegungen des Ältestenrats für eine Initiative zur Entwicklung einer »Ostdeutschen Zukunftskonzeption« auf und legt die dafür notwendigen Maßnahmen fest.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE wird als politisches und sachkundiges Gremium fachliche Aufgaben übernehmen. Parteivorstand und Fraktion treten mit ihrer Initiative in die Öffentlichkeit.

Es wird eine zeitweilige Arbeitsgruppe gebildet, deren Aufgabe es wäre:

- die Konzeption als politische Programmatik der LINKEN zu formulieren
- Vorschläge für Gesetzesinitiativen in Bund und Ländern auszulösen
- Anregungen für eine Parteidiskussion und Debatten in politischen Bewegungen zu geben

Der DISPUT dokumentiert hier Auszüge. Das Papier in voller Länge unter: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/>

Wahlkampf will gelernt sein

Die Schulungen für die Europa- und Kommunalwahlen waren nicht nur für Neumitglieder interessant und lehrreich **VON SOPHIE DIECKMANN**



Foto: Sophie Dieckmann

Von wegen, wir sind wie die anderen! Wir nehmen gar keine Unternehmensspenden an. Wir setzen uns immer für die ein, die keine Lobby haben – HartzIV-Empfänger, Niedriglöhner, Geflüchtete. Und im Gegensatz zu allen anderen Parteien haben wir auch nie einem Auslandseinsatz der Bundeswehr zugestimmt!«, Mone regt sich auf. Doch der Gesprächspartner bleibt überraschend ruhig. Die hitzige Diskussion ist nämlich nur gespielt und Teil einer Wahlkampf-Schulung für die Europa- und Kommunalwahlen. Den Teilnehmer*innen macht diese Art der Vermittlung sichtlich Spaß. Endlich mal was anderes als die trockene Theorie des Wahlprogramms.

Allerorten haben in den letzten Monaten Wahlkampf-Seminare stattgefunden, in denen Genoss*innen gelernt haben, wie sie ihren Wahlkampf vor Ort verbessern oder wie sie am Infostand besser argumentieren können. Das Interesse ist groß – viele sind zum ersten Mal dabei und brennen darauf, einen tollen Wahlkampf zu führen und andere aktive Genoss*innen in ihrem Landesverband kennenzulernen. Einen ganzen Tag nehmen sie sich Zeit, um das Wahlprogramm näher kennenzulernen, zu üben, wie man auf Einwände reagiert und Argumente auf den

Punkt bringt. Aber auch, wie man einen Wahlkampf besser planen und dabei kreativer werden kann, steht auf dem Programm. Eine Zielgruppe sind Kreiswahlkampfleiter*innen und Aktive vor Ort. Eine andere Zielgruppe sind Kandidat*innen der in neun Bundesländern anstehenden Kommunalwahlen. Viele von ihnen kandidieren zum ersten Mal und sind entsprechend aufgeregt.

Wo sich vor Ort oder im Landesverband niemand findet, um so eine Schulung durchzuführen, springt die Bundesgeschäftsstelle gern ein. Der kleine Bereich Politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle war viel unterwegs. Wenn der Wahlkampf beginnt, müssen alle Seminare schon gelaufen sein. Die Bandbreite zwischen den Seminarteilnehmer*innen ist so groß, wie die LINKE vielfältig ist. Alte Häsinnen und Hasen wollen oft Neues lernen, wissen, wie man Aktive und Neumitglieder besser einbindet – und wie man die Last auf mehr Schultern verteilt. Die Neulinge müssen das Wahlkampf-Handwerk erlernen. Am schönsten ist es, wenn die Häsinnen und Frischlinge voneinander lernen: Die einen bekommen etwas vom großen Erfahrungsschatz erfahrener Genoss*innen, die anderen lernen, die Partei aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten.

Die größten Lacher gibt es, wenn neue Methoden und Werkzeuge spielerisch erlernt werden. Beim Rollenspiel am Infostand, bei der fiktiven Podiumsdiskussion oder beim gespielten Presseinterview hat es schon viele »Oooohhs« und »Aahhhs« gegeben. »Ich habe jetzt verstanden, dass man durch gezielte Nachfragen viel mehr über die Leute erfährt, die einem am Infostand begegnen. Manch ein aggressiv vorgetragener Einwand entpuppt sich als bittere Lebensgeschichte. Da müssen wir mit Empathie und Mitgefühl reagieren, anstatt schnippisch zu antworten«, meint Mone am Schluss der Übung. Ihr Gesprächspartner ist zufrieden: »JETZT fühle ich mich wahrgenommen«. Für mich als Seminarleiterin das schönste Gefühl: Wir haben gemeinsam etwas dazugelernt. Der Wahlkampf kann kommen. ◀

Sophie Dieckmann ist Leiterin des Bereichs Politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN. Kontakt zum Bereich unter: www.die-linke.de/partei/politische-bildung

Antworten auf einen Blick

Wie hängen Europa und Kommune zusammen? Was hat die EU für einen Einfluss auf unser Leben? Wie demokratisch sind die EU-Institutionen? Was bringt eine Stimme für die Europawahl überhaupt? Für diese und andere Fragen hat der Bereich Politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Sammlung häufig gestellter Fragen beantwortet, die man auf der Internetseite der Stiftung nachlesen kann:

<https://www.rosalux.de/dossiers/europa-der-vielen/faq/>

Seit' an Seit'?

Der Historiker Heinz Niemann zieht eine Bilanz des Wirkens der SPD und kommt zu vielen interessanten Schlüssen – auch in Bezug auf DIE LINKE VON PROF. DR. WOLFGANG TRIEBEL

Professor Heinz Niemann ist profunder Kenner von Geschichte und Politik der SPD. Niemann arbeitete lange als Hochschullehrer, zuletzt an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1990 wurde er dort zum Gründungsdirektor des Instituts für Politikwissenschaft gewählt. In seinem neuen Buch legt der Historiker eine Bilanz des gesellschaftlichen Wirkens von SPD und KPD/SED/LINKE seit 1945 und nach der Systemkonfrontation 1990 vor. Beide Strömungen haben gleiche Väter, zusammen könnten sie in der Politik etwas bewegen. Aber SPD-Oberer wollen nicht mit der Linkspartei, obgleich sie landesweit erfolgreich koalieren. Abkehr von den Vorvätern macht SPD und DIE LINKE für Wähler nicht attraktiver. Der einen laufen sie weg, die andere legt, wenn überhaupt, nur langsam zu. Wollen beide nicht überflüssig werden, gehören »Einflüsse und Folgen des Bruderkampfes« in die historische Bilanz beider Strömungen der Arbeiterbewegung. Für einen erfolgreichen Kampf um einen demokratischen Sozialismus muss die Gesamtbilanz aller Linken eine »glaubwürdige, realistische Strategie und Taktik« enthalten und die theoretisch-weltanschauliche Basis neu bestimmen. Beider Geschichte darf weder zurechtgedeutet noch ignoriert werden.

Der kommunistische Zweig der Sozialdemokratie

1945 wollten aus den KZs befreite Sozialdemokraten und Kommunisten die Spaltung der Arbeiterklasse überwinden. Die aus Moskau zurückgekehrte KPD-Führung brachte ein Aktionsprogramm zur antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung Deutschlands mit. In Berlin bildete sich unter Otto Grotewohl ein provi-

sorischer SPD-Vorstand für Deutschland. KPD- und SPD-Vertreter diskutierten verantwortungsvoll über eine Einheitspartei. (Sechziger-Konferenzen). In der Westzonen-SPD stellte Kurt Schumacher 1945/1946 in Wenigsen, im Schatten der beginnenden Ost-West-Konfrontation, die Weichen zum neuen Bruderkampf. Dazu vermisst man Aussagen des Autors.

Der kommunistische Zweig der alten Sozialdemokratie hielt 1945 am revolutionären Erbe von Marx und Engels, Bebel und Liebknecht fest. Die Gründung der SED 1946 war eine Lehre aus Faschismus und Krieg sowie Vermächtnis der gemordeten Genossen. Sie beseitigte rigoros die »Macht des großen Kapitals und des Junkertums als Quellen des Faschismus«. SED/PDS haben 1990 ihre Leistungen und Irrungen kritisch analysiert. Noch fehlt Linken von SPD und Linkspartei der Mut, neue Erkenntnisse »beim Suchen nach einer Alternative [...] Gedanken an die DDR zu verschwenden«.

Verzicht auf die eigene Geschichte?

Die SPD-Historiographie rechnet zur positiven Bilanz der SPD Willy Brandt und den autark denkenden Helmut Schmidt, aber auch ihren »erfolgreichen Kampf gegen Faschismus und Kommunismus«. Der SPD-Parteitag in Bad Godesberg 1959 »erscheint als Erfüllung eines von Anfang an alternativlosen Wandlungsprozesses« entsprechend »dem Zeitgeist«. Fakt ist: Godesberg war theoretisch die Abkehr vom Marxismus und politisch die Absage an den Klassenkampf. Mal war man Kanzler, mal Opposition, bis man in der Großen Koalition als Arbeiterpartei »verluderte«.

Im Kapitel »Die Suche nach dem Ausweg« resümiert Niemann: »Anpassung an die herrschende Ideologie durch die sich im politischen Sys-

tem etablierende Funktionärskaste« ging bei »einer Mehrheit der Parteioligarchie [...] meist mit weitgehender politischer Kapitulation und mit Opportunismus Hand in Hand [...] Es war und es ist ein Irrtum zu meinen, die Annäherung der Partei DIE LINKE an die SPD gelinge nur durch den Verzicht auf die eigene Geschichte, antikapitalistische Identität und Zielsetzung.«

Eine zukunftsfähige Erneuerung der SPD müsste, so Niemann, vier unverzichtbare Voraussetzungen beachten: Bedingungen für eine erfolgreiche Reformpolitik wie zu Zeiten von Willy Brandt und Helmut Schmidt sind nicht vorhanden. Die SPD muss Friedenspartei sein wollen und wirklich souveräne Politik machen. Eine glaubwürdige Sozialpolitik braucht die Vision von einer Gesellschaft ohne Vorherrschaft des Profitsystems. Die SPD muss sich in zueinander passenden Strömungen neu einbringen, um »Seit' an Seit'« zu kämpfen.

Manche Aussage im Buch wird nicht allen Linken gefallen. Genannte Fakten mit bisherigen Deutungen zu konfrontieren, wird hilfreich sein. ◀



Lesen

Heinz Niemann:
Wann wir streiten Seit' an Seit'
Randglossen zur Krise der SPD
und der Lage der Linken
208 Seiten, 15 Euro
ISBN 978-3-947094-30-1



Foto: DIE LINKE.Thüringen

■ ■ **Thüringen.** »Der Gedenkakt zur Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald erinnert uns jedes Jahr in besonderer Weise daran, dass wir dem Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Krieg verpflichtet sind«, erklärte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und der LINKEN in Thüringen, anlässlich des 74. Jahrestags der Befreiung Buchenwalds. Sie verwies auf den Schwur der Überlebenden von Buchenwald: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel«. Die Aktualität der Losung liege auf der Hand, so Hennig-Wellsow: »Europäische Regierungen unter Beteiligung der extremen Rechten zeigen, wie

bedroht heute wieder die Demokratie ist. Mit den Wahlen im Mai droht ein weiterer Rechtsruck in Europa. Im Herbst entscheidet sich, ob auch in einem deutschen Bundesland mit der AfD eine Partei die Regierungsoption erhält, deren Vertreterinnen und Vertreter den Nationalsozialismus und dessen Verbrechen als »Vogelschiss« in der deutschen Geschichte ansehen. DIE LINKE steht dagegen Schulter an Schulter mit allen demokratischen Kräften die ein soziales und demokratisches Deutschland und Europa für Alle verteidigen«.

■ ■ **Berlin/Brandenburg.** Die Länder Berlin und Brandenburg werden im kommenden Jahr zeitgleich ihre jeweiligen Krankenhauspläne auf der Grundlage gemeinsamer Versorgungsziele und Pla-

nungsgrundsätze beschließen. Gesundheitsministerin Susanna Karawanskij (LINKE) stellte dazu im Kabinett ein abgestimmtes Grundlagenpapier zur gemeinsamen Krankenhausplanung vor. Parallel befasste sich der Berliner Senat ebenfalls mit diesem Papier. In der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg werden 140 Krankenhäuser betrieben, davon 83 in Berlin und 57 in Brandenburg, wobei einige mehr als einen Standort haben. Gesundheitsministerin Karawanskij erklärte: »Schon heute gibt es in der medizinischen Versorgung zwischen Berlin und Brandenburg zahlreiche länderübergreifende Kooperationen. Und bereits jetzt gehen Patientinnen und Patienten aus unterschiedlichen Gründen wie selbstverständlich auch ins jeweils andere Bundes-

land zur Behandlung. Es ist nur folgerichtig, dass Berlin und Brandenburg ihre Krankenhauspläne auf eine gemeinsame Grundlage stellen – in Deutschland ist das neu und einmalig.«

■ ■ **Berlin/Bonn.** DIE LINKE unterstützte auch in diesem Jahr die zahlreichen Demonstrationen und Veranstaltungen im Rahmen der Ostermärsche vom 18. bis zum 22. April. Viele Genossinnen und Genossen waren federführend an den zahlreichen Aktionen im ganzen Land beteiligt. In einem Aufruf zum Bonner Ostermarsch heißt es: »Dem Wahnsinn von internationalen Kriegseinsätzen, der Militarisierung der Europäischen Union, den Waffenexporten und einer Politik, die Flüchtlinge, aber nicht die Fluchtursachen bekämpft, setzen wir die Forderung entgegen nach einem friedlichen, atomwaffenfreien und solidarischen Europa, das keine Bedrohung für andere Länder ist.« Auch DIE LINKE, als Teil der Friedensbewegung, tritt für eine friedliche und gerechtere Welt ein und betont immer wieder: Jede Waffe findet ihren Krieg, schafft Elend und treibt Menschen in die Flucht. Deshalb ist die Forderung nach einem Verbot von Waffenexporte ein zentraler Punkt der Wahlkampagne zur Europawahl.

■ ■ **Berlin.** Der Parteivorstand der LINKEN unterstützt die Europäische Bewegung »End the cage

Wo die Bettvorleger landen

age«. Auf seiner Sitzung am 6. und 7. April hat das Gremium eine entsprechende Entscheidung getroffen. Die Initiative »End the Cage Age« setzt sich dafür ein, Kastenstände für Sauen, Einzelboxen für Kälber sowie die Käfighaltung von Legehennen, Mastkaninchen und weiterer Tiere EU-weit zu verbieten. Das Ziel der Kampagne ist, EU-weit eine Million Unterschriften zu erreichen. Dies ist die Mindestanzahl damit die offizielle EU-Bürgerinitiative Erfolg hat. Nur dann kann die Initiative ihre Forderungen in der Europäischen Kommission vorstellen. Diese Bürgerinitiative geht direkt an die Europäische Kommission. Je nach Land gibt es für die Bürgerinitiative unterschiedliche Vorgaben: In Deutschland muss dabei der vollständige Name und die vollständige Adresse angegeben werden. Unterschreiben unter: <https://help.four-paws.org/de-DE/kaefighaltung-ist-ein-albtraum>

■ ■ **Nordrhein-Westfalen.** DIE LINKE. NRW will Geburtsstationen in Krankenhäusern flächendeckend erhalten: Die Forderungen des Landesverbandes der Hebammen in NRW werden deshalb von der LINKEN unterstützt. »Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass von einst mal 290 Geburtshilfeabteilungen in NRW nur noch 142 übrig geblieben sind«, meint Inge Höger, Landessprecherin der LINKEN in NRW. Und weiter: »Das Gesundheitsmi-

Was waren das für Zeiten, als die Welt noch am »deutschen Wesen« genesen durfte. Als man Aufständische jeglicher Couleur abschlagen durfte und sich dabei der Rücken- deckung durch den obersten Dienstherrn und -hunen im Berliner Stadtschloss sicher sein konnte. Als die Briten ein Reich beherrschten, in dem niemals die Sonne unterging, der weiße Mann seine Bürde klaglos trug und in den schwülen Dschungeln Britisch-Indiens dem Tiger nachstellte. Brachte er diesen zur Strecke, so endete das Fell der Großkatze nicht selten als Bettvorleger.

Auch heute noch enden Wesen als Bettvorleger. Doch sind es kaum noch Tiger, denen der weiße Mann so zusetzte, dass sie nun unter strengstem Schutz stehen. Heutzutage erwischt es oft Politiker oder gar ganze Gremien. So etwa die von der Bundesregierung eingesetzte Verkehrskommission zum Klimaschutz. Diese sei, so beschieden ihr Klimaaktivisten, »als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet«. Auch die SPD sei in der Rentenpolitik »als Tiger gesprungen, aber als Bettvorleger gelandet«, meinte jüngst der Kommentator des »Tagesspiegel«. Dieses Beispiel eignet sich hervorragend, um zu zeigen, dass die Metapher vom Tiger nicht nur den muffigen Geist untergegangener Kolonialregimes atmet, sondern auch merkwürdige Bilder beschwört: Andrea Nahles als zähnefletschende Bestie, die das von der eigenen Partei ausgehöhlte Rentensystem gegen die Union verteidigt. Vollkommen absurd wird es, wenn der Vorsitzende einer CDU-Kreistagsfraktion die Metapher auf einen Supermarkt überträgt: »Die Ansiedlung ist ein Fall von »Als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet«. Warenhäuser, die zu Tigern mutieren, um dann als Bettvorleger im Sprachschatz eines CDU-Politikers zu verenden: An diesem deutschen Sprachunwesen wird die Welt sicher nicht genesen.

Fabian Lambeck

DISPUT stellt sich allmonatlich den Sprechblasenfragen unserer Zeit. Dafür die kleine Sprachglosse.

nister Laumann in dieser Entwicklung kein Problem für schwangere Frauen und trotz des kleiner werdenden Angebots die flächendeckende Versorgung nicht in Gefahr sieht, ist schon ein Hohn. Krankenhäuser werden immer mehr zu Fabriken und so werden auch Geburtshilfeabteilungen nur noch aufrechterhalten, wenn es sich rechnet.«

■ ■ **Sachsen-Anhalt.**

Mehrere Kleine Anfragen der Linksfraktion im Magdeburger Landtag haben ergeben, dass die Bemühungen der Schulbehörden um die Einstellung neuer Lehrkräfte und pädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Sachsen-Anhalt zu keiner Verbesserung der Situation an den öffentlichen Schulen geführt haben. Nach Angaben aus dem Bildungsministerium ist der Personalbestand bis zum Sommer des letzten Jahres immer weiter auf neue Tiefststände gesunken und stagniert seitdem auf niedrigem Niveau. Dazu erklärt der Vorsitzende und bildungspolitische Sprecher, Thomas Lippmann: »Durch die unflexible Einstellungspolitik der Schulbehörden, die viel zu wenig auf potenzielle Bewerber zugehen und noch immer viele von ihnen verprellen, statt ihnen den Weg in den Schuldienst zu öffnen, sind aktuell mehr als 1.000 Stellen unbesetzt – mehr als 600 für Lehrkräfte und mehr als 400 für pädagogische Mitarbeiter*innen.«

Ein Europa für Alle

Breites Bündnis organisiert am 19. Mai Großdemos in vielen Städten Europas

Die Europawahl ist eine Richtungsentscheidung über die Zukunft der Europäischen Union. Nationalisten und Rechtsextreme wollen mit ihr das Ende der EU einläuten und Nationalismus wieder groß schreiben. Wir alle sind gefragt, den Vormarsch der Nationalisten zu verhindern! Wir halten dagegen. Wir lassen nicht zu, wenn Rechtsstaat und unabhängige Gerichte angegriffen, Menschen- und Freiheitsrechte eingeschränkt und das Asylrecht abgeschafft werden sollen. Deshalb appellieren wir an alle Bürger*innen Europas: Geht am 26. Mai wählen – tretet ein gegen Nationalismus und

Rassismus: Für ein demokratisches, friedliches und solidarisches Europa! In Zeiten nationaler Alleingänge ist es wichtiger denn je, dass wir uns als solidarische Gesellschaft für ein Europa einsetzen, das Demokratie und Rechtsstaatlichkeit über Grenzen hinweg verwirklicht und sich über Nationalismus und Abschottung hinwegsetzt. Die EU muss sich ändern, wenn sie eine Zukunft haben will.

Unser Europa der Zukunft verteidigt Humanität und Menschenrechte. Statt seine Grenzen zur Festung auszubauen und Menschen im Mittelmeer ertrinken zu lassen. Unser Europa steht für Demokratie, Viel-

falt und Meinungsfreiheit. Unser Europa garantiert soziale Gerechtigkeit. Statt Privatisierung, Deregulierung und neoliberale Handelsabkommen voranzutreiben, wird es ein Gegengewicht zum Einfluss der Konzerne. Unser Europa treibt einen grundlegenden ökologischen Wandel und die Lösung der Klimakrise voran. Am Sonntag, den 19. Mai 2019 gehen europaweit zehntausende Menschen gleichzeitig auf die Straße! Für die Zukunft Europas, gegen Nationalismus! Auch DIE LINKE unterstützt den Demoaufruf und lädt alle Genossinnen und Genossen ein, sich der Demonstration anzuschließen. ◀

Ich abonniere DISPUT

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich bestelle ab sofort Exemplar(e) der Zeitschrift DISPUT im

Halbjahresabonnement zum Preis von 12,00 Euro inkl. Versandkosten

Jahresabonnement zum Preis von 21,60 Euro inkl. Versandkosten

und nutze den vorteilhaften Bankeinzug

IBAN

BIC

oder bitte um Rechnungslegung (gegen Gebühr) an meine Adresse.

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zeitraum, falls ich nicht 15 Tage (Poststempel) vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Datum, 1. Unterschrift

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Wir verwenden Ihre Daten ausschließlich im Zusammenhang mit Ihrem Abonnement und geben sie nur an Dritte weiter, wenn dies zur Vertragserfüllung unbedingt erforderlich ist (Abonnement- und Adressverwaltung sowie Zustelldienst). Weitere Informationen zu den Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

Datum, Unterschrift

Coupon bitte senden an:
Partei Vorstand DIE LINKE, Redaktion DISPUT
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bestellungen auch möglich unter: www.die-linke.de

Freude, schöner Götterfunken« – diese Hymne schwebt durch Europa. Ach, wenn doch nicht so viele Funken vom Gefeuher der Hölle dazwischen wären! Aber Europa ist eben von vielen Widersprüchen geprägt. Auch Schiller tat sich schwer, als er 1785 in Leipzig an der Erstfassung seiner »Ode an die Freude« bastelte und schrieb: »Deine Zauber binden wieder, was der Mode Schwert geteilt; Bettler werden Fürstenbrüder, wo dein sanfter Flügel weilt«. Doch dann kamen ihm wohl Zweifel, ob man der Mode ein »Schwert« in die Hand geben darf. Und dass sich Bettler und Fürsten verbrüderern, schien ihm wohl auch zu utopisch. So entstand 23 Jahre später die heute gebräuchliche Textfassung von 1808: »Deine Zauber binden wieder, was die Mode streng geteilt, alle Menschen werden Brüder, wo dein sanfter Flügel weilt«. Damals konnte Schiller nicht ahnen, dass dieser Text mit Beethovens großartiger Musik später zur »Europa-Hymne« erkoren wurde. Er wäre geschockt, wenn er nach 200 Jahren lesen würde, was die Brüder und Schwestern in der »Europäischen-Union« von ihrem Parlament und dessen »Rat der Götter« – laut Umfragen 2018 – halten: Nur 4 von 10 Europäern haben ein positives

Bild (43 Prozent). 20 Prozent haben ein schlechtes Bild von dieser »Völkerfamilie«. Und 36 Prozent wissen gar nicht, was sie von dieser Einrichtung halten sollen. Lässt sich das mit dem Wahlzettel ändern? Wiegt jede Stimme? 49 Prozent glauben JA. 47 Prozent glauben NEIN. Und was sagen die LINKEN? DIE LINKE ist seit dem Manifest von 1848 internationalistisch und solidarisch, also auch für eine brüderliche »Hausgemeinschaft« aller Gutwilligen und Friedfertigen in Europa. DIE LINKE erstrebt einen demokratischen Sozialismus, also ist sie gegen das Diktat des Marktes und der Finanzoligarchie, die Europa ausbeuten. DIE LINKE ringt um soziale Gerechtigkeit, also ist sie gegen die Mästung der Superreichen, die von der Privatisierung der Erde und vom Pokern an der Börse leben.

Eine positive Wende in der EU kann also nicht von einer Mitte-RECHTS-Koalition ausgehen, die seit Jahrzehnten die Konzerne begünstigt, sondern nur von einer starken Mitte-LINKS-Koalition, die ein soziales Europa erstrebt. Alles, was unser Wohlergehen unterminiert, ist nur so zu überwinden: Ob Klimaschutz oder Jugendarbeitslosigkeit, Altersarmut oder Fluchtwellen. Die Ost-Expansion mit Waffen torpediert die Ost-Kooperation mit Handelsverträgen. Jede Stimme zählt beim Blockieren der unternehmerfreundlichen Beschlüsse der EU. Mehr Demokratie



verlangt mehr Einfluss von unten und andere Spielregeln für oben. Umgekehrt sollten sich die EU-Chefs in Brüssel und Straßburg nicht als die »Kaiser von Europa« in Positur werfen. Von den drei Dutzend Staaten unseres Kontinents sind nur 27 ½ Mitglied der EU. Den Euro als Währung benutzen keine 20. Der Interessenverband in Brüssel ist eine Art Aktiengesellschaft: Wer viel einzahlt an Geldern und Leuten, hat viel zu sagen. So konnte sich Deutschland zum »Zuchtmeister« mit Peitsche gegen Griechenland und andere durchsetzen. Oft kämpfen die 50 Vertreter der Vereinigten Linken ziemlich einsam neben den 700 Mandatsträgern der anderen politischen Gruppierungen im EU-Parlament. Wir dürfen also keine Wunder erwarten. Wir müssen die LINKE stärken! Europa ist es wert, wie wir als Touristen wissen. Dieser Kontinent darf nicht abermals zum Schlachtfeld der Supermächte werden! Die Millionäre haben sich längst »umschlungen«. Durch Schiller und Beethoven sowie durch die Linken aller Erdteile bleiben die Millionen aufgefordert, es den Widersachern gleich zu tun!

Illustration: Ale Sund

JENS JANSEN

Funkenflug

Blutmai

Nach dem Verbot aller Kundgebungen unter freiem Himmel kam es in Berlin am 1. Mai 1929 zu blutigen Überfällen der Polizei auf friedliche Demonstranten **VON RONALD FRIEDMANN**

Am 13. Dezember 1928 verfügte der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Zörgiebel ein Verbot aller politischen Veranstaltungen unter freiem Himmel. Im März 1929 dehnte der sozialdemokratische preußische Innenminister Grzesinski dieses Verbot auf ganz Preußen aus. Offiziell ging es um »Ordnung und Sicherheit« auf den Straßen des größten deutschen Landes. Doch tatsächlich sollten Auseinandersetzungen provoziert werden, um den kommunistischen Rotfrontkämpferbund verbieten zu können. Zumindest aber sollte eine Wiederholung des großen Erfolges der KPD am traditionellen 1. Mai verhindert werden: Am 1. Mai 1928 hatten vor allem die roten Fahnen mit Hammer und Sichel und die Losungen der KPD das Straßenbild in Berlin geprägt.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften veranstalteten ihre Maifeiern widerspruchslos im Saal. Doch das kommunistisch geführte »Maikomitee der Berliner Arbeiterschaft« bestand auf Straßendemonstrationen. Am 27. April 1929 kündigte die »Rote Fahne« an: »Die Berliner

Arbeiter werden der Tradition des Kampfaufmarsches am 1. Mai auch in diesem Jahr trotz Zörgiebel treu bleiben.« Die Berliner Polizeiführung sah sich daher veranlasst, eine »Gefahrenlage« für die Reichshauptstadt nicht nur zu behaupten, sondern zu organisieren. Im Vorfeld des 1. Mai wurden deshalb nicht weniger als 13.000 Polizisten mobilisiert und sogar Panzerwagen mit Maschinengewehren bereitgestellt. »Berlin [wurde] geradezu von Polizei überflutet«, schrieb Carl von Ossietzky wenige Tage später in der legendären »Weltbühne«, »und ehe sich noch etwas ereignet hatte, [war] ein Bild geschaffen, als wäre der Bürgerkrieg im vollen Gange«. Auch die Presse bereitete die Öffentlichkeit auf blutige Zusammenstöße vor. Eine besonders üble Rolle spielte dabei der sozialdemokratische »Vorwärts«, der in seiner Abendausgabe vom 29. April 1929 »200 Tote am 1. Mai« ankündigte. Das Vorgehen zeigte Wirkung: An den Aufmärschen der KPD nahmen statt der erwarteten 300.000 Menschen nur einige Zehntausend teil.

Schon am Vormittag, so berichte-

te die »Welt am Montag«, zeigte sich bei den Polizisten »die Lust zum schonungslosen Draufgehen.« Gegen 11.30 Uhr gab es in der Gegend um den Hackeschen Markt die ersten Toten, als die Polizei das Feuer auf Demonstranten eröffnete, die sich mit Steinen gegen die Gummiknüppel der Polizei gewehrt hatten. Das erste Todesopfer war ein Sozialdemokrat, der auf dem Heimweg von einer (Saal-) Veranstaltung war. Die Polizei verbreitete nun umgehend die Nachricht, dass Polizisten insbesondere in Neukölln und Wedding beschossen werden würden. Doch in den drei Tagen, die die Unruhen in Berlin andauerten, erlitt kein einziger Polizist eine Schussverletzung. Auch Gerüchte über Barrikadenkämpfe erwiesen sich letztlich als Falschmeldung: Lediglich in der Kösliner Straße im Wedding, wo die KPD im Jahr zuvor mehr als 40 Prozent der Wählerstimmen erhalten hatte, war ein Bauwagen als Sperre umgestoßen worden, um Polizeifahrzeuge an der Einfahrt in die Straße zu hindern. Trotzdem berichtete die Polizeiführung auch bei den nachfolgenden Untersuchungen von »Exzessen der kommunistischen Demonstranten«. Schließlich musste der massive Schusswaffengebrauch gerechtfertigt werden.

Insgesamt gab es in Berlin mindestens 33 Tote und 198 Verletzte. Auf Seiten der Polizei gab es keine Opfer, 47 Beamte wurden verletzt. Am 3. Mai 1929 wurde in ganz Deutschland der Rotfrontkämpferbund verboten, dem man die Verantwortung für die Maunruhen zuschanzte. Der bereits zitierte Ossietzky allerdings erklärte im Rückblick: »Die Verletzung des Demonstrationsverbots ist kein Verbrechen, sondern die Maßnahme einer Arbeiterpartei, die hierin nur der Tradition der alten Sozialdemokratie gefolgt ist.« Und die Liga für Menschenrechte kam zu der Feststellung: »Die Leitung der Polizei selbst hat Maßnahmen ergriffen, [...] die vielmehr selbst [...] gesetzeswidrig waren.« ◀

Foto: Bundesarchiv





Die Regisseure von »Kleine Germanen« wählen ein ungewöhnliches Format: Das Korsett der Erzählung bilden animierte Szenen, die von Kindheit und Jugend der Protagonistin in der rechten Szene erzählen.

Foto: Little Dream Entertainment

■ Kleine Germanen

Wie Elsa heute heißt, soll besser keiner wissen. Sie ist in einer Nazi-Familie groß geworden, hat Thorsten, den Obernazi geheiratet, dann wurde es ihr zu braun. Über ein Aussteigerprogramm trat sie die Flucht an, sagte über die kriminellen Umtriebe ihrer Umgebung aus und musste eine andere Identität annehmen. »Kleine Germanen« ist ein Film über rechtsextreme Gruppierungen. Wie sie funktionieren, wie sie in der Gesellschaft Fahrt aufnehmen. Die Regisseure wählen dafür ein ungewöhnliches Format: Das Korsett der Erzählung bilden animierte Szenen, die von Elsas Kindheit und Jugend, von ihrem Weg nach Rechts und wieder heraus erzählen. Diese fiktionalen Elemente werden durch reale Interviews mit heutigen Wortführern der Rechten wie Götz Kubitschek und Co. angereichert. Sie geben freimü-

tig Auskunft über ihre Haltung, gern zum Thema Aufzucht von Kind und Tier. Die neuen Rechten preisen das Landleben und übertragen das Treiben auf dem Hof, ob es nun passt oder nicht, mehr oder weniger auf die ganze Gesellschaft. Übrigens ganz so, als würden sie den Rest des Films nicht kennen. Oder geben sie sich so offenerzig, weil sie ihn kennen? Leute wie Kubitschek haben kein Problem, sich mediengerecht zu inszenieren. Weil den Regisseuren schwant, die Rechten könnten zu nett rüberkommen, werden ihre Aussagen und die anderer rechtsextremer Protagonisten von leicht bürokratisch wirkenden Experten einsortiert. Das wirkt dann recht statisch. Aber Deutschlands rechte Verstrickungen gewollt künstlerisch zu strukturieren, bleibt dann doch ein Wagnis.

→ Kinostart: 9. Mai 2019

■ Der Funktionär

Von einer anderen Seite Deutsch-

lands berichtet Andreas Goldstein im Porträtfilm über seinen Vater Klaus Gysi. 1912 geboren, durchlebte dieser das ganze Jahrhundert als Kampf zwischen Rechts und Links. Er habe als 15-Jähriger miterlebt, wie ein Arbeiter bei einer Demonstration von der Polizei erschossen worden sei, berichtet er in dem an historischen Aufnahmen reichen Film. Weil er das nicht noch mal habe erleben wollen, trat er dem kommunistischen Jugendverband bei. Den Krieg erlebte Gysi als Illegaler in Deutschland, nach 1945 wurde er Staatssekretär für Kirchenfragen, Verlagsleiter, Kulturminister, Gesandter der DDR in Rom. War, wie sein Sohn es wahrnahm, ein – oft abwesender – ideeller Gesamtfunktionär, der sein Ziel, ein Konzept von Arbeiterkultur zu entwerfen, in der Geist und Macht völlig übereinstimmen, allerdings nie erreicht habe. Er braucht auch Raum und Zeit für die sehr privaten, die Lebermann-Seiten seines Vaters und nicht zuletzt dessen zwiespältig aufgenommene Distanzierung vom Staatswesen der DDR und damit mithin von sich selbst. Goldstein richtet einen mehrdimensionalen Blick aufs realsozialistische Leben, ganz ohne Spektakelcharakter. Mit einem wohlthuend entschiedenen einerseits – andererseits verlässt man das Kino.

→ Derzeit im Kino



DAS LAND-
LEBEN – EINE
UNAUFGEREGTE
EPISODE?

GELESEN VON
INGRID FEIX

BÜCHERVERBRENNUNG

Mit scharfem Protest reagierte Zaklin Nastic, menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, auf die Verbrennung von Büchern durch einen katholischen Priester in Polen. »Die Verbrennung von Büchern vor Kirchen durch katholische Priester wie Rafat Jarosiewicz in Polen ist alles andere als ein Aprilscherz. Dass in Koszalin Fantasyliteratur, wie Harry Potter oder hinduistische und okkulte Symbole aus afrikanischen Kulturen mit Vermerk auf deren frevelhaften und entweihenden Charakter verbrannt wurden, ist Ausdruck einer generellen reaktionären Entwicklung in Polen und drängt zumindest gedankliche Parallelen zu den Bücherverbrennungen der deutschen Faschisten auf«, so Nastic.

DENKMALSCHUTZ

Das Landesdenkmalamt Berlin hat den Flughafen Tegel unter Denkmalschutz gestellt. Der Flughafen ist denkmalwert aus verkehrsgeschichtlichen, architekturgeschichtlichen und sozialgeschichtlichen Gründen. Die 1965–1979 von den Architekten Meinhard von Gerkan, Volkwin Marg und Klaus Nickels (gmp) errichtete Anlage gilt auch im internationalen Vergleich als herausragendes Beispiel für die Architekturepoche der 1960er und -70er Jahre. »Als Flughafen der kurzen

Jan, der Protagonist in dem Roman »Enteignung« des Wiener Autors Reinhard Kaiser-Mühlecker, ist in bäuerlicher Umgebung aufgewachsen. Dann hat er studiert, hat ein Stück von der Welt gesehen und als freier Journalist für große Zeitungen gearbeitet. Nun ist er zurück, lebt im geerbten Haus seiner Tante, schreibt wöchentlich eine Glosse und über Dorfereignisse fürs Regionalblatt, pflegt einen Kater sowie soziale Kontakte zu entfernten lebenden Freunden und geht seinem Hobby als Sportflieger nach. Ein Leben ohne Empathie. Etwas gelangweilt lässt er sich treiben, lernt eher zufällig Ines kennen, eine Lehrerin und alleinerziehende Mutter, mit der er sich öfter trifft, bis er feststellt, dass sie sich heimlich auch mit einem anderen Mann trifft, einem verheirateten Bauern. Dieser scheint gegen Gott und Welt und um die Existenz seines Hofes zu kämpfen, zumindest gegen den Plan der Gemeinde auf seinem Hügel ein Windrad zu errichten. In großen Lettern hat er das Wort »Enteignung« in die Landschaft gesetzt. Was verbindet diesen grobschlächtigen Schweinebauern mit der Lehrerin? Um das herauszufinden, fängt Jan als Hilfsarbeiter auf dem Bauernhof an, lernt auch die eher schweigsame Bäuerin kennen. Eine etwas verwirrende Beziehungsgeschichte entsteht. Das scheinbar ereignislose Leben auf dem Land wird bestimmt durch harte und schmutzige Arbeit, einen heißen und trockenen Sommer sowie frostkalte Nächte im Mai, durch Konkurrenz der einzelnen Höfe, durch Zwänge, denen man sich beugen muss. Da ist kaum Platz für menschliche Bedürfnisse, für Liebe. Das Ende ist überraschend und traurig. Die Regionalzeitung ist zum Klatsch- und Werbeblatt geworden, Jan zieht wieder in die Stadt, das Landleben wird zur Episode. Ein Stimmungsbuch.

Reinhard Kaiser-Mühlecker
Enteignung
Roman
S. Fischer Verlag
224 Seiten, 21 Euro



Wege ist Tegel weltweit bekannt«, sagte Kultursenator Klaus Lederer (LINKE). »Ich freue mich sehr, dass diese Berliner Landmarke nun in die Denkmalliste eingetragen wurde. Damit schafft das Landesdenkmalamt Berlin auch Klarheit für die bevorstehende Umnutzung des Flughafenareals«, so Lederer.

PLURALISTISCH

DIE LINKE Thüringen hat in ihr Wahlprogramm einstimmig die Forderung nach einer Professur für Plurale Wirtschaftswissenschaft (Heterodoxe Ökonomie) und ein entsprechendes wirtschaftspolitisches Forschungs- und Beratungsinstitut mit sozial-ökologischer Ausrichtung aufgenommen. Damit will Die LINKE die Grundlage für mehr Vielfalt in der wirtschaftswissenschaftlichen Bildung und Forschung sowie der wirtschaftspolitischen Beratung schaffen. Schon seit 2003 fordern Studierende, die sich im Netzwerk für Plurale Ökonomik engagieren, Vielfalt in der Lehre und Forschung zu berücksichtigen. Mittlerweile verfügt das Netzwerk bundesweit fast an allen Hochschulstandorten über assoziierte Gruppen. Der Lehrstuhl für Plurale Ökonomik soll der neoklassischen Lehre und dem neoliberalen Mainstream in den Wirtschaftswissenschaften Denken, Forschung und Lehre vielfältigeren Zuschnitts zur Seite stellen.

Ein Gespenst geht um in der politischen Diskussion: Das Gespenst der Enteignung von Wohnungskonzernen. 49 Prozent der Bevölkerung unterstützen laut einer »Handelsblatt«-Umfrage die Forderung nach Enteignung, in Berlin wurden am ersten Tag 15.000 Unterschriften für das Volksbegehren der Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« gesammelt. Zeitgleich gehen die bürgerlichen Parteien auf die Barrikaden. Markus Söder (CSU) spricht mit Blick auf zukünftige schwarz-grüne Koalitionsmöglichkeiten von sozialistischen Ideen und droht den Grünen, dies habe mit »bürgerlicher Politik« nichts mehr zu tun. Christian Lindner (FDP) spricht von »Klassenkampf-Rhetorik«, während seine Bundestagsfraktion zeitgleich sogar eine Änderung des Grundgesetzes vorschlägt, das in den Artikeln 14 und 15 ausdrücklich eine Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit zulässt. Das muss man sich mal vorstellen: Die Liberalen, die sich sonst gerne als Galshüter der Verfassung ausgeben, wollen einfach einen Artikel aus dem Grundgesetz streichen! Fraktionsvize Michael Theurer begründete das gegenüber dem »Handelsblatt« so: »Eine Streichung des Artikel 15 GG würde die Achtung des Gesetzgebers vor dem Eigentum dokumentieren«. Der Staat könne so zeigen, dass sich wirtschaftspolitische Ziele mit der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln und Vermögen nicht erreichen ließen. Enteignungen nur zum Wohle der Allgemeinheit – tatsächlich dürfte genau diese Bedingung für Aufregung in den Chefetagen der Immobilienkonzerne sowie bei FDP, CDU und CSU sorgen. Denn Enteignungen sind weder ein politischer Tabubruch noch sind sie ungewöhnlich – nur traf es bislang keine Konzerne oder deren schwerkreiche Besitzer. So wurden etwa für den Braunkohletegabbau im nordrhein-westfälischen Garzweiler über 100.000 Menschen umgesiedelt. Möglich wurde dies durch angewandte oder angeordnete Enteignung von Wohnraum – profitiert hat davon die Industrie, insbesondere der Energiekonzern RWE. Als 2013 ein betroffener Anwohner

im Braunkohlerevier gegen die Enteignung seines Hauses vor dem Bundesverfassungsgericht klagte, stellte sich die schwarz-gelbe Bundesregierung auf die Seite des Energiekonzerns. Das FDP-geführte Wirtschaftsministerium untermauerte vor Gericht die Argumente von RWE, dass die Enteignung dem Allgemeinwohl diene – woraufhin die Klage des Anwohners abgewiesen wurde. Es zeigt sich: Wenn das Haus von Normalverdienern für den Profit eines Konzerns enteignet wird, sehen FDP und CDU keine politischen Probleme bei der Enteignung. Wo aber hunderte Häuser von Wohnungskonzernen enteignet werden sollen, wollen diese Parteien sogar das Grundgesetz ändern, um Konzerninteressen zu beschützen. Auch außerhalb der Wohnungspolitik beteiligen sich CDU und FDP an Enteignungen – solange sie Normal- und Niedrigverdiener treffen und nicht die extrem Reichen. Wenn aufgrund der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik heute 40 Prozent der Erwerbstätigen weniger Reallohn besitzen als Ende der 1990er Jahre, dann wurden diese Menschen faktisch enteignet. Auch die Absenkung des Rentenniveaus und die Anhebung des Renteneintrittsalters bedeuten für eine große Mehrheit der Bevölkerung eine Enteignung. Was unten und in der Mitte genommen wurde, landet in den Taschen der Milliardäre: Das reichste eine Prozent in Deutschland besitzt dank der Enteignungen der letzten Jahre so viel Vermögen wie 87 Prozent der gesamten Bevölkerung. Wer daran etwas ändern möchte, muss umverteilen – und zwar diesmal von oben nach unten! In der Wohnungspolitik heißt das konkret: Wohnen ist ein Menschenrecht, das nicht für die Profite der Wohnungskonzerne geopfert werden darf. Angesichts der Niedrigzinsen suchen die Vermögenden neue Renditebringer und haben den deutschen Wohnungsmarkt für sich entdeckt. Mit allen negativen Konsequenzen für die Mieterinnen und Mieter. DIE LINKE fordert deswegen zu Recht die Enteignung von Wohnungskonzernen und sollte sich von dem Gegenwind der bürgerlichen Parteien nicht beeindruckt lassen.



SAHRA WAGENKNECHT

Wohnungskonzerne enteignen – ein Tabubruch?

Foto: DIE LINKE

deren Eltern ein Leben in der Illegalität gelebt haben, unter Umständen von der Sicherheit der eigenen Staatsbürgerschaft aus für die Rechte ihrer Gemeinschaften kämpfen können. Und auch wenn die Bewegung heute in den USA zu einer politischen Kraft angewachsen ist, der Aufbau einer solchen Bewegung ist ungemein erleichtert, wenn Menschen für die Bewegung sprechen können, die bei öffentlichen Auftritten nicht sofort von Abschiebung bedroht sind.

In Europa sieht die Situation auch hier etwas anders aus. Für lange Zeit galt zum Beispiel in Deutschland ausschließlich das *ius sanguinis*, das Recht des Blutes, nach dem die Staatsbürgerschaft nur an Menschen verliehen wird, deren Eltern (bzw. zumindest ein Elternteil) bereits deutsche Staatsbürger sind. Das wurde mittlerweile etwas aufgeweicht und so wird hier wie auch in anderen Staaten wird der Geburtsort bei der Vergabe der Staatsbürgerschaft teilweise berücksichtigt. Allerdings gelten überall in Europa Beschränkungen: Zum Beispiel wird Kindern, deren Eltern illegalisiert in den jeweiligen Ländern leben, keine Staatsbürgerschaft zuerkannt.

Die Unterschiede enden nicht bei den jeweiligen juristischen Feinheiten der Staatsangehörigkeitsgesetze. Ein weiterer Unterschied ist in der politischen Landschaft zu finden. Denn trotz starker regionaler Unterschiede kann man behaupten, dass fast überall in Europa linke, parlamentarische und außerparlamentarische Strukturen existieren. Teilweise in institutionalisierten Räumen (wie Studierendengruppen und linke Parteien), teilweise in relativer Unabhängigkeit von den jeweiligen Staaten (in Deutschland oder auch in Griechenland fallen einem die vielen autonomen Zentren ins Auge). Im Gegenzug scheinen die Kirchengemeinden insgesamt schwächer und älter und die Mobilisierung von Nächstenhilfe über religiöse Gemeinden auf kleinere Kirchen oder spezifische Feiertage beschränkt. Die linken Kräfte in Europa haben es relativ lange geschafft, für den Erhalt gewisser sozialstaatlicher Strukturen zu kämpfen. Die soziale Sicherung musste also in

Antje Dieterich

Solidarity Cities
Lokale Strategien gegen
Rassismus und
Neoliberalismus

UNRAST-Verlag
Münster
März 2019
75 Seiten, 7,80 Euro
ISBN 978-3-89771-146-4

